



DIE WÄHLERIN

SEIT
1918

>100
JAHRE
FRAUEN
WAHL
RECHT<

ÖSTERREICH

INHALT

5	KAPITEL 1
		›WIR HABEN SCHON VIEL ERREICHT‹
6	›Mehr Frau tut allen Bereichen gut‹ Interview mit Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner
10	›Ringten um das Frauenwahlrecht‹ Frauenpolitische Errungenschaften von 1848 bis 1918
17	›Das Frauenwahlrecht in Europa‹ Länderübersicht
19	KAPITEL 2
		›WIR BAUEN AUF STARKE FRAUEN‹
20	›Ungleich und gleichwertig‹ Interview mit Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot
24	›100 Jahre Frauenwahlrecht‹ Meilensteine in der Frauenpolitik ab 1918
33	KAPITEL 3
		›ES DÜRFEN RUHIG NOCH MEHR WERDEN‹
34	›Wahlrecht bedeutet Mitspracherecht‹ Interview mit Landesrätin Christiane Teschl-Hofmeister
38	›Wahlhelferinnen mit Erfahrung‹ Politik Mentoring Programm des Landes NÖ
41	›Leitfaden für politisches Engagement in Niederösterreich‹ Informationen zum Einstieg in die Politik
43	›Rat & Tat für Frauen in Krisensituationen‹ Beratungs- und Servicestellen in Niederösterreich



EINLEITUNG

Österreich zählt zu den ersten Ländern, die das Wahlrecht für Frauen eingeführt haben, damals im Zuge der Gründung der Ersten Republik vor 100 Jahren. Gleiche Rechte und Pflichten für Bürgerinnen und Bürger sind nur in Demokratien möglich, und das Wahlrecht als grundlegendes Element einer Demokratie ist die Chance und der Auftrag zur Mitbestimmung beziehungsweise Mitgestaltung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Heute ist das selbstverständlich. Frauen können wählen, kandidieren und somit ihre Sichtweise in politische Entscheidungen mit einbringen. Das gängige Rollenverständnis und die politische Kultur der Vergangenheit schränkten ihren Handlungsspielraum lange Zeit ein. Das Frauenwahlrecht war ein großer Schritt für die Gleichberechtigung und es folgten viele andere. Eine tatsächliche Gleichstellung ist jedoch noch nicht erreicht, wie sich das auch in der Teilhabe am politischen Geschehen zeigt. Niederösterreich nimmt mit rund elf Prozent Bürgermeisterinnen eine Vorreiterrolle unter den Bundesländern ein, aber es ist noch immer ein weiter Weg zu gehen, damit die Tatsache, dass Frauen mehr als die Hälfte der Bevölkerung stellen, sich auch im Prozentsatz von Frauen in politischen Funktionen widerspiegelt. Diese Broschüre gibt einen Einblick in die historischen Ereignisse, zeigt die Entwicklung der politischen Teilhabe von Frauen im Laufe der Jahrzehnte bis heute und leitet das Jubiläumsjahr 1918 ein.

Maria Rigler
Generationenreferat des Landes Niederösterreich



› DAS WAHLRECHT FÜR FRAUEN WAR EIN MEILENSTEIN FÜR GLEICHBERECHTIGUNG ‹

Der Erste Weltkrieg erschütterte vor 100 Jahren Europa und große Teile der Welt, und das Ende des Krieges 1918 besiegelte das Ende der großen europäischen Monarchien. Mit der Gründung der Republik wurde in Österreich das Frauenwahlrecht beschlossen, nachdem bereits im Jahr 1907 das allgemeine Wahlrecht für Männer eingeführt worden war. Der Beschluss des „allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Verhältnismahlrechts aller Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts“ vom 12. November 1918 ermöglichte Frauen den Zugang zum aktiven und passiven Wahlrecht in unserer Republik. Dieser Beschluss war ein Wendepunkt der Geschichte im Sinne der Gleichberechtigung und ein Meilenstein für Chancengleichheit. Jetzt konnten Frauen im gleichen Umfang und mit denselben Rechten wie Männer am politischen Leben teilhaben und mitbestimmen.

Wenn wir dieses 100-jährige Jubiläum feiern, müssen wir jedoch zugleich kritisch fragen, ob es stets dramatische Einschnitte wie den Ersten Weltkrieg

und den Zerfall der Habsburger-Monarchie braucht, um gesellschaftliche Entwicklungen voranzutreiben. Auch heute - 100 Jahre nach der Einführung des allgemeinen Frauenwahlrechts - gibt es beispielsweise bei Gehältern oftmals Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Das Jubiläumsjahr muss für uns als Bürger- und Verantwortungsgesellschaft Anlass sein, darüber nachzudenken, wie es heute tatsächlich um Gleichberechtigung und Chancengleichheit bestellt ist. Es ist die Aufgabe von Politik und Gesellschaft gleichermaßen, für Gleichberechtigung und Chancengleichheit zu sorgen und bestehende Ungleichheiten zu beseitigen. Am grundsätzlich gleichen Recht von Frauen und Männern kann und darf es keinen Zweifel geben. Vor dem Gesetz sind alle Menschen gleich. Es liegt daher an uns und unserer Generation, diese Gleichheit der Geschlechter auch in der Gesellschaft nachhaltig zu verankern und für alle künftigen Generationen zu bewahren.

Mag. Karl Wilfing
Präsident des Niederösterreichischen Landtages

KAPITEL 1

**› WIR HABEN
SCHON VIEL
ERREICHT ‹**

› MEHR FRAU TUT ALLEN BEREICHEN GUT ‹

INTERVIEW

Niederösterreich ist zurzeit das einzige österreichische Bundesland, das sich einer Landeshauptfrau rühmen darf. Seit April 2017 lenkt hier Johanna Mikl-Leitner die Geschicke und trat damit in die Fußstapfen ihres Vorgängers und politischen Förderers Erwin Pröll. Im Interview erzählt sie von ihrem Weg in die Politik, von der Unterstützung, die sie erfahren hat und warum es so wichtig ist, dass Frauen sich politisch engagieren.

Sie sind seit einem knappen Jahr Niederösterreichs Landeshauptfrau und damit die erste Frau an der Spitze dieses Bundeslandes. Wie fällt Ihr bisheriges Resümee aus?

Johanna Mikl-Leitner: Wir haben als Team einen guten Start in neue Zeiten mit neuen Herausforderungen gesetzt. Die ersten Schwerpunkte im Bereich der Digitalisierung, Mobilität und im Sozialbereich wurden bereits vorgestellt. Und wir leben auch ein ehrliches Miteinander im Land - über die Parteigrenzen hinweg.

Hätten Sie sich vor zehn Jahren vorstellen können, einmal die mächtigste Frau Niederösterreichs zu werden?

In der Politik ist es zwar wichtig, Zukunftsvisionen zu haben, aber mehr in dem Bereich, für den man verantwortlich ist, und weniger für die eigene Person. Die Menschen erkennen sehr schnell, ob sich jemand für seine Aufgabe oder für sich selbst einsetzt. Als ich 2003 gefragt wurde, Landesrätin für Familie und Soziales zu werden, habe ich - mit Unterstützung meines Mannes - zugesagt und mich der Verantwortung gestellt. In dieser Zeit haben wir vieles auf den Weg gebracht. Ich denke an den Ausbau der Kindergärten für 2,5-Jährige oder die Abschaffung des Kinder- und Ehegatten-Regresses im Pflegebereich. Mit diesen Maßnahmen haben wir Pionierarbeit in ganz Österreich geleistet. Und das ist auch jetzt mein Antrieb als Landeshauptfrau.

Sehen Sie es als Ihre Aufgabe - als Frau in der Politik -, andere Frauen dazu zu motivieren, sich auch politisch zu engagieren?

Frauen haben in unserem Land alle Möglichkeiten, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten. Das ist dem Engagement vieler Frauen aber auch Männer zu verdanken, die sich für die Interessen und Anliegen der Frauen stark gemacht haben und immer noch dafür eintreten. Am Weg nach vorne braucht es zum einen Vorbilder, die uns Mut machen, neue Wege zu gehen.



**Johanna Mikl-Leitner ist
seit April 2017 Landeshauptfrau
von Niederösterreich.**

Eines dieser Vorbilder ist für mich Liese Prokop, die für Niederösterreich vieles bewegt hat. Ihr zu Ehren vergeben wir seit dem Jahr 2007 den „Liese Prokop-Frauenpreis“, der außergewöhnliche Leistungen von Niederösterreicherinnen sichtbar macht. Wir leben heute in einer Zeit, in der vieles in Veränderung und in Bewegung ist. Immer mehr Frauen tragen in Spitzenpositionen Verantwortung – das gilt für die Politik wie auch für die Wirtschaft. Und ich bin davon überzeugt: Mehr Frau tut allen Bereichen gut. Darum haben wir 2016 auch das Politik Mentoring Programm NÖ gestartet, mit dem Ziel, Frauen den Weg in die Politik, vor allem auf kommunaler Ebene, zu erleichtern. Durch das Zusammenführen von Vorbildern (Mentorinnen) und an Politik interessierten Frauen (Mentees) wollen wir den Erfahrungsaustausch gezielt fördern. Niederösterreich liegt mit

knapp 12 Prozent Bürgermeisterinnen im Bundesländervergleich auf Platz eins, aber selbstverständlich ist auch hier noch Luft nach oben. Mein Anliegen ist es, Frauen zu fördern. Aber das Wichtigste in der Politik ist, dass man das Land und die Menschen mag. Und man muss hart und konsequent arbeiten. Da spielt es nur eine nachgeordnete Rolle, ob man ein Mann oder eine Frau ist. Aber grundsätzlich finde ich es wichtig und richtig, dass wir die Frauen dazu motivieren, sich noch mehr in der Politik zu engagieren.

Was raten Sie Frauen, die sich in der Politik engagieren wollen?

An erster Stelle stehen immer die Qualifikation und die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. In vielen Fällen bedeutet das aber auch, mehr Zeit als andere zu investieren. Politisches Engagement pas-



Politik hat Johanna Mikl-Leitner immer schon interessiert. Als großes Glück bezeichnet sie es, in vielfältigen Funktionen immer wieder gefördert worden zu sein.

siert nicht einfach so nebenher, das muss man schon auch richtig wollen.

Wann war Ihnen selbst klar, dass Sie Politik aktiv mitgestalten wollen?

Ich habe immer schon die Politik mit großem Interesse verfolgt, bis ich schließlich - auch aus Neugier - angefangen habe, mich selbst zu engagieren. Und ich habe rasch gespürt: In der Politik kann man viel bewegen, wenn man nur will.

Persönlich hatte ich das große Glück, in vielfältigen Positionen und Funktionen immer wieder intensiv unterstützt und gefördert zu werden. Da steht an ganz besonderer Stelle natürlich mein Vorgänger Landeshauptmann a. D. Erwin Pröll. Er hat Niederösterreich über Jahrzehnte zu einem modernen und selbstbewussten Bundesland gemacht. Er war es aber auch, der vielen engagierten Menschen den Weg in die Politik geebnet hat. So hat er auch mich gefördert und gefordert - und dafür bin ich ihm sehr dankbar. Daher war ich mit einem guten politischen Rüstzeug ausgestattet, als ich in die Bundesregierung als Innenministerin, dem härtesten Job der Republik, berufen wurde. Und nun kann ich diese Erfahrungen auf Bundesebene und die internationalen Kontakte sehr gut in meiner Funktion als Landeshauptfrau nutzen. Ich bin glücklich und stolz, in dieser Funktion für Niederösterreich arbeiten zu dürfen.

Wir feiern 100 Jahre Frauenwahlrecht: Es wurde lange um das Wahlrecht für Frauen gekämpft und viel erreicht. Ist diese Errungenschaft für die jungen Wählerinnen Ihrem Empfinden nach heute noch präsent?

Die politische Beteiligung von Frauen war nicht immer eine Selbstverständlichkeit. Frauen mussten einen langen Weg gehen, bis sie ihr Recht zu wählen erlangten. Für uns heute ist das Wahlrecht, das Leben in einer freien Demokratie, eine Selbstverständlichkeit. Doch das war nicht immer so. Darum ist politische Bildung so wichtig. Denn nur wer Respekt vor der Geschichte hat, wird gute und verantwortungsvolle Wege für die Zukunft einschlagen. In unserem neu eröffneten

> Das Wichtigste in der Politik ist, dass man das Land und die Menschen mag und hart und konsequent arbeitet. Da spielt es nur eine nachgeordnete Rolle, ob man ein Mann oder eine Frau ist. Ich finde es wichtig und richtig, dass wir die Frauen dazu motivieren, sich noch mehr in der Politik zu engagieren.<

„Haus der Geschichte“ in St. Pölten wird in der ersten Schwerpunktausstellung aus Anlass des bevorstehenden 100-Jahre-Jubiläums der Republikgründung sehr anschaulich der harte Weg vom Ende des Ersten Weltkrieges bis zur Gründung der Zweiten Republik gezeigt. Erst nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges konnte das allgemeine Wahlrecht für Jahrzehnte wirklich gelebt werden und erst nach 1955 war Österreich ein freier, unabhängiger Staat. Wir sind alle das Produkt unserer gemeinsamen Geschichte - so kennt meine Generation noch den Eisernen Vorhang und das Leben an einer toten Grenze.

Die jüngere Generation erfährt aktuell über die Herausforderungen durch die Migration aus autoritären Staaten, wie sehr sich viele Menschen nach einem Leben mit demokratischen Freiheiten sehnen. Es interessieren sich sehr viele Frauen für Politik - es geht ja schließlich um ihr direktes Lebensumfeld und Zukunftschancen. Ohne das Vertrauen der Wählerinnen kann heute kein Politiker, keine Politikerin mehr langfristig sein oder ihr Amt ausüben. Die Mehrheit der Bevölkerung ist weiblich, deshalb rufe ich alle Frauen auf, ihr aktives und/oder passives Wahlrecht zu nutzen und in Eigenverantwortung das Leben von morgen mitzugestalten. /

›RINGEN UM DAS FRAUEN- WAHLRECHT‹

1848—1918

Der Kampf um das Frauenwahlrecht von 1848 bis 1918 hat viele frauenpolitische Errungenschaften auf den Weg gebracht und war eine wesentliche Grundlage für die Anerkennung von gesellschaftlichen und politischen Rechten für Frauen. Das allgemeine Wahlrecht ist demnach ein Meilenstein im Ringen um Chancengleichheit.

1848: Die Revolution bringt Frauen auf die Barrikaden

Die Erlangung des Frauenwahlrechts 1918 steht am Ende eines steinigen Wegs - und ist dem unermüdlichen Kampf von mutigen, visionären und beharrlichen Frauen rund um die Welt zu verdanken.

Der Ausgangspunkt für den Kampf um gesellschaftliche Frauenrechte liegt im Revolutionsjahr 1848. Erstmals werden Stimmen von unzufriedenen Frauen laut, sie gehen gemeinsam mit den Männern auf die Straße und fordern auch für sich bessere Arbeitsbedingungen. Die Revolution im Jahr 1848 rüttelt

an den Grundfesten der Monarchie, an den eingefahrenen Strukturen der etablierten politischen Systeme Europas. Das liberale Bürgertum, das wie weite Teile der Bevölkerung im Kaiserstaat keine politischen Mitbestimmungsrechte besitzt, fordert Teilhabe an den Staatsgeschäften. In dieser Stimmung stellt sich auch erstmals die Frage der Beteiligung von Frauen an der Politik.

Im Zuge dieser so genannten Märzrevolution von 1848 bilden sich die notwendigen Strukturen für einen bürgerlichen Staat, eine Verfas-

1848



Erstes frauenbewegtes Engagement im Zuge der bürgerlichen Revolution. Die Aufbruchstimmung führt zur Gründung des ersten Frauenvereins.

1866

Gründung des Wiener Frauenerwerbsvereins, der wirtschaftlich in Not geratene Frauen unterstützt und sie auf das Berufsleben vorbereitet.

sung und ein Parlament. Es wird ein zumindest teilweises Wahlrecht für Männer erzwungen. Die Gemeindevahlordnung, die 1849 erlassen wird, unterscheidet nicht nach Geschlechtern, das Stimmrecht basiert vielmehr auf Steuerleistung. So haben - wenige - privilegierte Frauen, die über Grund- oder Hausbesitz oder ein Gewerbe verfügen, vorübergehend das Wahlrecht. Sie dürfen aber nicht persönlich wählen, sondern müssen sich vom Ehemann oder einem männlichen Verwandten bei der Wahl vertreten lassen.

Auch das Wahlrecht in den einzelnen Landtagen ist zunächst nicht an Geschlecht, sondern an Stand und Zensusleistung gebunden. Als diese Möglichkeit 1889 in der niederösterreichischen Gemeindevahlordnung eingeschränkt werden soll, wird dies zur Initialzündung im Kampf um das Frauenwahlrecht: Die beiden Lehrerinnen Auguste Fickert und Marie Schwarz gründen ein „Comité in Angelegenheiten des Frauenstimmrechts“, eine erste politische Frauenversammlung findet statt und Unterschriften für eine Petition werden gesammelt.

Erste Netzwerke: Die Gründung von Frauenvereinen

Bereits in der Aufbruchstimmung von 1848 war der erste „Wiener demokratische Frauenverein“ gegründet worden, der den Beginn der Frauenbewegung in Österreich markiert. Zu dessen Forderungen gehörte die Förderung und Verbreitung der Demokratie und der Zugang zu Bildung. Die Aktivitäten sollten aber nur von kurzer Dauer sein: Nach der Niederschlagung der bürgerlichen Revolution wird das Kriegsrecht verhängt und alle Vereine, die sich im Zuge der Revolution gegründet hatten, werden wieder aufgelöst.

In Paragraph 30 des Vereinsgesetzes, das mit der Verfassung 1867 in Kraft tritt, wird der Ausschluss von Frauen aus politischen Vereinen gesetzlich festgeschrieben: „Ausländer, Frauenspersonen und Minderjährige“ dürfen an politischen Vereinen nicht teilhaben. Dieser Paragraph, der die politische Vernetzung und Organisation von Frauen massiv behindert, wird bis 1918 bestehen bleiben.

Trotz dieses kräftigen Gegenwinds entstehen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zahlreiche



Die Pädagogin Marie Schwarz gründet 1889 das „Comité in Angelegenheiten des Frauenstimmrechts“ mit.

1867

Mit der Verfassung tritt das Vereinsgesetz in Kraft, das den Ausschluss von Frauen aus politischen Vereinen gesetzlich festschreibt.

1872

Mädchen dürfen sich als Externistinnen an Knabenmittelschulen einschreiben. Sie dürfen den Unterricht besuchen, aber keine Prüfungen ablegen.

1878

Mädchen können als Externistinnen die Matura an einem Knabengymnasium ablegen, Vorlesungen an der Universität können sie nur als Gasthörerinnen besuchen.

Im Mai 1911 hält der „Bund Österreichischer Frauenvereine“ seinen Bundestag ab - die Frauen versammeln sich zum Gruppenfoto vor der Wiener Handelskammer.



Frauenvereine, die sich großteils der Verbesserung von Bildungs- und Berufsmöglichkeiten für Mädchen und Frauen verschreiben. Eine fundierte Schulbildung, Mädchengymnasien und der Zugang zu Bildungseinrichtungen sollen zu einer gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft führen und die Selbstbestimmung fördern. Das Frauenwahlrecht wird in den Forderungen oft hintangestellt, um vorrangig die Bildungsinteressen durchzusetzen. Die politische Gleichberechtigung sei ohne Bildung nicht möglich, ist die dahinterstehende Überzeugung. Einige

Frauenvereine „tarnen“ sich als Wohltätigkeitsvereine, widmen sich aber auch gesellschaftspolitischen Fragen. Der „Allgemeine Österreichische Frauenverein“ wird 1893 im Zuge der Wahlrechtsdiskussion um den Ausschluss von Frauen im niederösterreichischen Landtags- und Gemeindewahlrecht gegründet. Er ist der erste österreichische Frauenverein, der Frauen zu Mitgestaltung bei der Verbesserung gesellschaftlicher Verhältnisse - von allgemeiner Wohlfahrt über die Verbesserung des Schulwesens bis zur Entmilitarisierung der Gesellschaft - aufruft und ermutigt. Das

Frauenstimmrecht wird dabei als Mittel zur Emanzipation der Frauen und zur Erreichung sozialpolitischer Ziele gesehen. Vorsitzende ist Auguste Fickert, Rosa Mayreder Vizepräsidentin. 1902 entsteht über Initiative von Marianne Hainisch der „Bund Österreichischer Frauenvereine“. Hainisch zählt auch zu den wenigen weiblichen Mitgliedern der 1891 auf Initiative von Bertha von Suttner gegründeten „Österreichischen Gesellschaft der Friedensfreunde“. Von Suttner wiederum übernimmt den Vorsitz in der Friedenskommision des „Bundes Österreichischer Frauenvereine“.

1889

Die 1871 gegründete Höhere Bildungsschule für Mädchen in Wien wird in ein Lyzeum umgewandelt. 1891 erhält sie das Öffentlichkeitsrecht.

1890

Der tschechische Frauenverein Minerva eröffnet das erste private Mädchengymnasium der Habsburgermonarchie.

Durch die Eingemeindung von niederösterreichischen Vororten in die Stadt Wien verlieren jene Frauen, die in diesen Orten das Gemeindewahlrecht hatten, ihr Recht zu wählen.

Der Weg zum Wahlrecht

Nach vielen Rückschlägen scheint es zu Beginn des neuen Jahrhunderts berechtigte Hoffnung auf ein Frauenwahlrecht zu geben. Durch die steigende Erwerbstätigkeit sind Frauen in den politischen Parteien und den Gewerkschaften stärker vertreten. Frauen sind als Unternehmerinnen und vor allem als Arbeiterinnen in Industriebetrieben schon seit dem 19. Jahrhundert Teil des Wirtschaftslebens.

Auch Männer dürfen am Anfang des 20. Jahrhunderts nur im Rahmen des Kurienwahlrechts wählen, ihr Wahlrecht ist demnach an Besitz und Steueraufkommen gekoppelt. Die russische Revolution von 1905, in deren Folge in Russland den Männern allgemeines Wahlrecht zugestanden wird, entfacht auch in Österreich den Wahlrechtskampf. Die Frauen kämpfen weiter um das Wahlrecht für beide Geschlechter. Allerdings sind die politischen Lager unverrückbar positioniert: Während die liberalen Frauenvereine massiv das Frauenwahlrecht einfordern, beugen sich die sozialdemokratischen Frauen der Parteiräson: Die Priorität liegt nun auf der Erlangung des allge-



> Wir streben nicht blindlings das Frauenwahlrecht an, sondern in klarer Erkenntnis, dass das Wahlrecht MACHT ist. <

Marianne Hainisch
Begründerin des „Bundes österreichischer Frauenvereine“

meinen Männerwahlrechts, dieses Ziel soll durch noch weitergehendere Forderungen nicht gefährdet werden. Die Christlichsozialen sind generell gegen die Einführung des Frauenwahlrechts. Die Forderung nach dem Frauen-

stimmrecht ist in der Zwischenzeit zu einem internationalen Thema geworden: 1904 findet in Berlin die zweite internationale Frauenstimmrechtskonferenz statt, auf der man den „Weltbund für Frauenstimmrecht“ gründet, die „International Woman Suffrage Alliance“. In Österreich formiert sich 1905 ein Frauenstimmrechtskomitee, das Kundgebungen organisiert, tausende von Unterschriften sammelt und eine Resolution formuliert, die 1906 an Ministerpräsident Paul Gautsch von Frankenthurn und die Parlamentspräsidenten übergeben wird. Die Antwort der Politiker: Die Zeit sei noch nicht reif.

Erfolg und Rückschlag zugleich: Das allgemeine Männerwahlrecht

Im Dezember 1906 wird im Reichsrat die Wahlrechtsreform angenommen: Männer erhalten das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht. Die Frauen allerdings verlieren damit endgültig auch jene wenigen Stimmrechte, die sie im Rahmen des Kurienwahlrechts bisher innehatten.

Die Sozialdemokratinnen, die sich rund um die Wahlrechtsreform zu-

1893



Mit dem „Allgemeinen Österreichischen Frauenverein“ wird der erste dezidiert politische Frauenverein gegründet.

1896

Frauen können die Matura an ausgewählten Gymnasien ablegen und sind damit zum Hochschulstudium berechtigt. Noch stehen nicht alle Fakultäten für Frauen offen.



„Heraus mit dem Frauenwahlrecht“ lautet der Slogan für den Internationalen Frauentag im Jahr 1914.

nächst zurückgehalten hatten, um das „allgemeine“ (Männer-)Wahlrecht nicht zu gefährden, steigen nun wieder intensiv in den Kampf ein: Am Silvestertag 1906 beantragen die sozialdemokratischen Frauen rund um Adelheid Popp und Therese Schlesinger die Genehmigung eines Frauenstimmrechtsvereins, die niederösterreichische Statthalterei schickt bereits am 7. Jänner 1907 die Ablehnung. Auch eine Berufung an das Innenministerium wird abgelehnt.

Am 26. Jänner 1907 wird das Wahlrecht für Männer gesetzlich eingeführt. Frauen, die für das „allgemeine“ Wahlrecht mitgekämpft hatten, gehen leer aus. Das Parlament argumentiert seine Entscheidung folgendermaßen: „Die Mehrheit des Ausschusses ging von der Erwägung aus, dass bisher in allen Staaten Europas, in denen das allgemeine Wahlrecht eingeführt wurde, die Frauen unberücksichtigt blieben und dass es sehr bedenklich wäre, gerade in Österreich im Zeitpunkte einer tiefgreifenden politischen Evolution den Versuch, die Frauen zur Teilnahme am politischen Leben heranzuziehen, zu unternehmen.“

Internationaler Frauentag

Auf einer internationalen Frauenkonferenz in Kopenhagen im August 1910 wird auf Vorschlag der Deutschen Clara Zetkin ein jährlicher „Frauenkampftag“ eingeführt. Im folgenden Jahr findet der Internationale Frauentag zum ersten Mal statt, am 19. März 1911 in Dänemark, Deutschland, Österreich, der Schweiz und in den USA. Hier wird das Frauenwahlrecht nun lautstark gefordert.

Die bürgerlich-liberalen Frauen Österreichs intensivieren ihre internationalen Kontakte, etwa zur „International Woman Suffrage Alliance“ oder sie fungieren als Veranstalterinnen für eine Internationale Frauenstimmrechtskonferenz, die im Juni 1913 in Wien stattfindet. Noch im Juni 1917 richtet die katholische Frauenorganisation für Niederösterreich eine Stellungnahme zum in Diskussion befindlichen Gemeindevahlrecht für Frauen an den Wiener Bürgermeister Richard Weiskirchner. Die katholischen Frauen verlangen in erster Linie die „Ämterfähigkeit der Frau in den kommunalen Ressorts des Armenwesens, der Kinder- und Jugendfürsorge, der Wohnungsfürsorge

1897

Die ersten drei Frauen inskribieren als ordentliche Hörerinnen an der Philosophischen Fakultät der Universität Wien.

1907

Am 26. Jänner wird das Wahlrecht für Männer gesetzlich eingeführt. Frauen, die sich für die Sache ebenfalls engagiert hatten, gehen leer aus.



Anlässlich des Frauenwahlrechtstages im März 1911 demonstrieren 15.000 Frauen auf der Wiener Ringstraße.

etc“. Zum Gemeindewahlrecht meinen die katholischen Frauen: „Wenn überhaupt, dann ist den Frauen zugleich mit dem aktiven auch das passive Wahlrecht zuzuerkennen.“ Seit 1921 wird der Internationale Frauentag am 8. März begangen. Die Wahl dieses Datums bezieht sich auf ein anderes historisches Ereignis: Die Arbeiterdemonstrationen in St. Petersburg am Beginn der russischen Februarrevolutionen am 23. Februar 1917. Nach gregorianischem Kalender ist das der 8. März. Das Frauenwahlrecht ist die zentrale Forderung der ersten Frauentage und ihrer Versammlungen und Demonstrationen. Daneben werden verbesserte Lebensbedin-

gungen für Frauen gefordert, wie etwa Kinder- und Mutterschutz, mehr soziale Einrichtungen, Arbeitsschutzgesetze, Mindestlöhne, der Acht-Stunden-Tag. Man spricht bereits von „gleichem Lohn für gleiche Arbeit“, einem Anliegen, das bis heute zu den zentralen Forderungen der Frauenpolitik gehört.

Der Erste Weltkrieg und seine Auswirkungen

Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs 1914 verändert die Situation grundlegend. Er unterbricht die internationalen Beziehungen zwischen den Frauenrechtlerinnen, die Frauenvereine haben nun andere Prioritäten,

sie unterstützen von der sogenannten „Heimatfront“ aus den Kriegsdienst oder engagieren sich für den Frieden.

Der Weltbund für Frauenstimmrecht organisiert 1915 einen internationalen Frauenfriedenskongress im holländischen Den Haag, den 1.200 Delegierte aus zwölf Ländern besuchen und auf dem Demokratie und Gleichberechtigung als Voraussetzungen für eine friedliche Weltordnung benannt werden. Darüber hinaus kommt es zu keiner internationalen Vernetzung während des Krieges. Durch die angespannte politische Situation ist an eine Änderung des Wahlrechts in diesen Jahren nicht zu denken.

1911



In Österreich, Dänemark, Deutschland, der Schweiz und den USA wird der erste Internationale Frauentag begangen.

1914-1918

Erster Weltkrieg: Da die Männer im Kriegsdienst sind, halten die Frauen das wirtschaftliche Leben aufrecht und übernehmen zahlreiche Funktionen, die ihnen vor dem Krieg verwehrt waren.



Bei der ersten Nationalratswahl der neuen Republik 1919 ist es soweit: Erstmals können auch Frauen ihr Wahlrecht ausüben.

Auch wenn Frauen nach wie vor nicht am politischen Geschehen teilnehmen dürfen, sind sie im Alltag so präsent wie noch nie. Da die Männer im Krieg sind, halten die Frauen das wirtschaftliche und administrative Leben aufrecht. „In unerhörtem Umfang mussten die Frauen erneut die Lasten der Produktion auf die Schultern nehmen“, schreibt die Zeitschrift „Der Bund“. Frauen ziehen in die Administration von Ämtern ein, arbeiten in öffentlichen Berufen wie etwa als Straßenbahnfahrerinnen und werden in der Öffentlichkeit immer sichtbarer. Am Ende des Krieges sind Frauen aus vielen Bereichen der Gesellschaft nicht mehr wegzudenken.

- **Das Frauenwahlrecht wird eingeführt**

Diese öffentliche Präsenz hat Folgen: Obwohl während der Kriegszeit keine politische Partei das Frauenstimmrecht explizit fordert, stimmt 1918 die Mehrheit ihrer Vertreter für die Einführung des Frauenwahlrechts.

Der 12. November 1918 - der Tag der Ausrufung der Republik - ist schließlich auch der Tag, für den

Aktivistinnen so viele Jahrzehnte gekämpft hatten: Das „allgemeine, gleiche, direkte und geheime Verhältniswahlrecht aller Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts“ wird im Artikel 9 des Gesetzes über die Staats- und Regierungsform verankert.

Das aktive Wahlrecht wird ab dem 20. Lebensjahr, das passive Wahlrecht ab dem 29. Lebensjahr gesetzlich festgelegt. Mit einer Einschränkung: Prostituierte sind noch bis 1923 vom Wahlrecht ausgeschlossen. Zwischen 1920 und 1930 werden bei den Wahlen verschiedenfarbige Kuverts für Männer und Frauen verwendet - zur Beobachtung des Wahlverhaltens von Frauen.

Österreich gehört damit nach den nordischen Staaten zu den ersten Ländern in Europa, die das Frauenwahlrecht einführen.

Das Erlangen des Wahlrechts ist zweifelsohne ein Meilenstein für die Frauenpolitik. Es ist ein Meilenstein, der ein lang erkämpftes Ziel markiert, zugleich aber auch den Beginn eines noch längeren Weges zur Gleichstellung von Frauen und Männern, der bis heute nicht zu Ende ist.

1918



Frauen erhalten Zugang zu allen Fakultäten der Universität, mit Ausnahme der Katholisch- bzw. Evangelisch-Theologischen Fakultät.

Das „allgemeine, gleiche, direkte und geheime Verhältniswahlrecht aller Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts“ wird im Artikel 9 des Gesetzes über die Staats- und Regierungsform verankert.



> DAS FRAUENWAHLRECHT IN EUROPA <

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wird in den meisten europäischen Ländern das aktive und passive Wahlrecht für Frauen eingeführt. Ist es in Finnland schon Anfang des Jahrhunderts soweit, dauert es beispielsweise für die Frauen in der Schweiz bis 1971.

- 1906 Finnland
- 1913 Norwegen
- 1915 Dänemark
- Island
- 1918 Estland
- Deutschland
- Österreich
- Ungarn
- Lettland
- Polen
- 1919 Niederlande
- Luxemburg
- Litauen
- 1920 Tschechoslowakei
- Albanien
- 1921 Schweden
- 1928 Großbritannien
- Irland
- 1931 Spanien
- (1976) Portugal
- 1934 Türkei
- 1944 Frankreich
- Bulgarien
- 1945 Italien
- 1946 Jugoslawien
- Rumänien
- 1948 Belgien
- 1952 Griechenland
- 1971 Schweiz
- 1984 Liechtenstein
- 1990 Kanton Appenzell
- Innerrhoden,
- Schweiz



Im internationalen Vergleich: Von Wyoming bis Saudi-Arabien

Der Bundesstaat Wyoming im Westen der USA ist, wenn es um Frauenrechte geht, weltberühmt. Denn als erster neuzeitlicher Bundesstaat erlaubt er es den Frauen (ab 1869) zu wählen. In Neuseeland erhalten Frauen 1893 das aktive Wahlrecht (1919 das passive), ab 1902 können weiße Frauen im neu gegründeten Commonwealth of Australia zur Wahl gehen. Ab 1918 ist es in Russland für Frauen erlaubt, zu wählen und gewählt zu werden. Es folgen die USA (1920), die Mongolei (1924), Kuba (1934) und die Philippinen (1937). In Japan haben Frauen ab 1947, in China ab 1949 und in Indien ab 1950 umfassendes Wahlrecht. In Afghanistan und im Iran ab 1963, im Irak ab 1980. 1994 findet die erste Wahl in Südafrika statt, bei der alle Frauen und Männer, unabhängig von ihrer Hautfarbe, wählen dürfen. In Kuwait dauert es bis 2005, in Saudi-Arabien bis 2015. /

KAPITEL 2

› **WIR BAUEN**

AUF STARKE

FRAUEN ‹

›UNGLEICH UND GLEICHWERTIG‹

INTERVIEW

Ulrike Guérot leitet das Department für Europapolitik und Demokratieforschung an der Donau-Universität Krems. Ihr Thema: die Zukunft der europäischen Demokratie. Im Interview gibt sie Auskunft über das Wahlverhalten von Frauen, über das Erbe der Suffragetten und sagt, welche Schlachten heute noch zu schlagen sind.

Wählen Frauen anders als Männer?

Ulrike Guérot: Es gibt einen so genannten „Gender-Gap“ - Frauen wählen eher links und Männer wählen eher rechts - aber der ist in verschiedenen Ländern unterschiedlich stark ausgeprägt. Oftmals gibt es auch keinen Unterschied mehr. Was man aber sagen kann ist, dass es im Prinzip einen „Feminismus-Gap“ oder „Sexismus-Gap“ gibt: Frauen wählen Männer. Und besonders gerne wählen sie attraktive Männer. Pablo Iglesias, Alexis Tsipras, Emmanuel Macron - das sind tatsächlich junge, attraktive Männer. Die Sozialwissenschaftlerin Eva Illouz entwickelt in ihrem Buch „Warum Liebe weh tut“ das Konzept des sogenannten Anerkennungsmarktes. Demzufolge suchen Frauen in erster Linie Anerkennung von Männern. Männer

bestimmen diesen Markt zu 100 Prozent und damit darüber, was etwas wert ist. Das könnte eine Erklärung dafür sein, warum Frauen gerne Männer wählen.

Gibt es denn keinen Geschlechterzusammenhalt, eine Solidarität unter Frauen? Frauen wählen nicht Frauen?

Nein. Ein Beispiel: Marine Le Pen hat eine ganz klar männliche Wählergruppe. Der durchschnittliche Le Pen-Wähler ist älter, männlich, ungebildet. Man kann also nicht sagen, dass, weil Le Pen eine Frau ist, die Frauen sie jetzt aus Geschlechtersolidarität wählen. Im Gegenteil: Der Front National musste sehr dafür kämpfen, die weiblichen Stimmen zu bekommen. Erst nachdem Le Pen sich ab 2012 für Abtreibung ausgesprochen hat, konnte sie eine bestimmte Zielgruppe liberaler Frauen gewinnen. Auch mit Ségolène Royal gab es bei der Präsidentschaftswahl 2007 in Frankreich keine weibliche Solidarität.

Liegt das daran, wie diese Frauen sich präsentieren?

Es liegt viel eher gar nicht daran, dass sie Frauen sind. Nehmen wir Ségolène Royal und Angela Merkel: Das ist nicht der gleiche Frauentyp. Royal trägt High-Heels, Lippenstift, kurze Röcke und hat schöne Beine. Frau Merkel hat das alles nicht. Merkel ist zwar eine Frau,



Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Ulrike Guérot,
Leiterin des Departments für
Europapolitik und Demokratieforschung an der Donau-
Universität Krems.

sie wirkt aber nicht so. Wir erleben in keiner Weise, dass sie ihre Erotik oder ihre Feminität ausspielt. Die männliche Seite wiederum spielt oft ihre Attraktivität für Frauen aus. Wenn wir uns etwa die Wahlplakate von Kanzler Christian Kern anschauen: Er präsentiert sich als Sonnyboy, Dandy, braungebrannt. Oder der deutsche FDP-Mann Christian Lindner, der seine Wahlkampfspots im Unterhemd macht, schon fast Latin Lover-mäßig. Man kann also sagen, dass hier der Typ „schöner Mann“ weiblichen Sexismus bedient, während es bei Frauen offensichtlich – siehe Ségolène Royal – eher problematisch ist, wenn Frauen mit ihrer Erotik, mit ihrer Schönheit punkten wollen. Kein Mensch regt sich auf, wenn ein Mann im Unterhemd Wahlkampf macht. Aber können Sie sich eine Sekunde lang vorstellen, Angela Merkel hätte im Negligé einen Wahlwerbespot gedreht? Die Republik hätte getobt.

Ist diese Ungleichheit ein Grund dafür, dass mehr Männer als Frauen politisch aktiv sind?

Es gelten hier die selben Argumente, die wir ins Feld führen, wenn es generell um die Benachteiligung von Frauen im Beruf geht. Auch wenn sich das tendenziell gebessert hat, ist Politik immer noch ein männlich dominiertes Geschäft. Und das heißt: Alle Verhaltensregeln von Männern und alle Netzwerkregeln, die die

Soziologie für männliches Verhalten kennt, kommen hier zur Anwendung. Um in der Politik erfolgreich zu sein, braucht man Killerinstinkt, man muss Leute wegbeißen, wirklich zur Spitze wollen, Macht anstreben. Das alles sind Merkmale, die mit Frauen nicht konform gehen. Frauen wollen nicht unbedingt kämpfen und andere Leute wegbeißen.

Es kann doch nicht das Ziel sein, dass wir sagen: Wir müssen mehr wie Männer agieren, um in die Politik zu kommen. Müssten wir nicht eigentlich die Strukturen verweiblichen?

Hier sind wir bei der heiß umstrittenen Frage der Quote. Ich persönlich war lange gegen die Quote, weil ich auch zu den Frauen gehört habe, die sagen: „Ich hab's geschafft, jede kann es schaffen, wenn sie will.“ Mit zunehmendem Lebensalter bin ich jetzt für die Quote, weil sie die männlichen Machtstrukturen durchbrechen kann und endlich auch das Argument knackt, dass jeder Mann automatisch kompetent sei, nur weil er arbeitet. Die Quote würde dafür sorgen, dass wir – zynisch gesagt – mindestens genauso viele unqualifizierte Frauen in wichtigen Jobs haben wie es heute unqualifizierte Männer in wichtigen Jobs gibt, eben weil es für sie bislang keinen anderen Lebensentwurf gibt. Frau hat Kinder, Karriere oder beides, die hat ja

verschiedene Lebensentwürfe. Was die Quote angeht, gibt es soziologische Studien darüber, wann die Machtstrukturen brechen. Und das passiert tatsächlich ab 30 Prozent: Wenn Sie ein Business-Meeting mit zehn Männern haben und sie ersetzen einen davon durch eine Frau, kann sie gar nichts bewirken. Sie muss sich an die Männer anpassen. Wenn Sie zwei Frauen reinsetzen, kommt es zum Streit, jede will die Beste sein. Erst wenn drei Frauen dort sitzen, entsteht weiblicher Teamgeist. Aber es reicht noch nicht, eigentlich fängt es erst bei vier Frauen, also bei 40 Prozent Frauenanteil an, dass die Männer ihr Verhalten an den weiblichen Rahmen anpassen müssen.

Wären Frauen eigentlich die besseren Politiker?

Wenn alle politischen Bereiche in weiblicher Hand wären, hätten wir bessere Systeme. Es ist erwiesen, dass Frauen sachorientierter sind als Männer und nicht unbedingt ihr eigenes Vorankommen in den Vordergrund stellen. Das Problem aber ist, dass sie im politischen

Raum immer dafür sorgen müssen, dass sie gewählt werden. Mit Sachargumenten im Sinne von „wir müssen den Gürtel enger schnallen“ und „wir müssen Geld investieren“ gewinnt man aber nicht unbedingt Wählerstimmen. Und deshalb ist eine Frau nicht nur von ihrem Sozialverhalten, sondern auch von dieser Sachorientierung her in der Politik benachteiligt. Daher heißt nur eine Quote zu erfüllen und 40 Prozent Frauen in der Politik zu haben, noch lange nicht, dass Frauen auch für frauentypische Themen kämpfen. Die Hälfte aller Posten mit Frauen zu besetzen, macht allein noch keine Frauenrechtspolitik.

Das heißt: Männer, die sich für Frauenthemen einsetzen und feministische Politik betreiben - wie etwa der Kanadische Präsident Justin Trudeau - müssten wir eigentlich gendermäßig als Frauen werten und zur Quote dazurechnen?

Genau. Die letzten 30 Jahre Gendertheorie von Judith Butler & Co hat hervorragende Arbeit geleistet. Sie



Ulrike Guérot plädiert für 40 Prozent Frauenanteil in Wirtschaft und Politik, um männliche Machtstrukturen aufzubrechen.

hilft uns zu sagen: Es geht doch um fortschrittliche Politik, es geht um Gleichstellung, um Gleichwürdigkeit, um Equal Pay. Es geht nicht um Gleichheit. Frauen und Männer sind nicht gleich, wir sind ganz ungleich. Nur: In dieser Ungleichheit müssen wir gleichwertig sein. Und das wäre der politische Kampf. Ob Sie diesen Kampf mit Männern oder mit Frauen betreiben, ist völlig egal. Wenn Sie mich jetzt fragen, ob ich irgendwas davon hatte, dass ich die letzten zwölf Jahre in Deutschland von Angela Merkel regiert worden bin, dann sage ich: nein. Fragen Sie eine Kanadierin zu Justin Trudeau, wird sie sagen: ja.

—

Man vergisst so leicht, wie hart das Wahlrecht erkämpft wurde. Wäre es wichtig, dieses lange Ringen wieder ins Bewusstsein zu heben?

Die Frauen haben das Wahlrecht von den Männern nicht bekommen und schon gar nicht geschenkt. Es wurde erkämpft, mit Tod, mit Blut und mit Gewalt, es war höchst brutal. Anfang des 20. Jahrhunderts gab es nur männliche Journalisten, weil also Männer die Deutungshoheit hatten, wurde über die Suffragettenbewegung nicht berichtet. Daraufhin haben die Suffragetten Gewalt angewendet, um Aufmerksamkeit zu erregen. Als das immer noch nicht reichte, ist Emily Davison bei einem Pferderennen 1913, bei dem König Georg V. und Kameraleute aus aller Welt anwesend waren, mit einem Plakat vor ein Pferd gesprungen. Sie ist wortwörtlich für das Frauenwahlrecht gestorben. Ihr Foto ging um die ganze Welt, die Bewegung konnte nicht mehr unterdrückt werden. Dass nach dem ersten Weltkrieg im Zuge der Republikgründungen in Österreich, Deutschland und einigen anderen Ländern das Frauenwahlrecht eingeführt wurde, das muss man ganz klar benennen, war nur möglich, weil es den Männern abgerungen wurde.

—

Heute sind Frauen und Männer rechtlich gleichgestellt, der Kampf um die Emanzipation der Frauen scheint sich abgekühlt zu haben. Ist das tatsächlich so?

Der erste Satz der Menschenrechtserklärung ist ein Erbe der Französischen Revolution: „Alle Menschen

sind geboren frei und gleich in ihren Rechten.“ 1789, zur Zeit der Französischen Revolution, galt das natürlich nur für die Männer. Die Suffragetten der ersten Stunde haben gesagt: Alle Menschen, könnte das vielleicht auch für die Frauen gelten? 1918 wurde erkämpft, dass die Universalität der Menschenrechte auch für Frauen gilt. Diese aufklärerischen und emanzipatorischen Debatten müssen immer wieder aufs Neue geführt werden. Gerade sind wir dabei, wieder an Emanzipation zu verlieren.

Es gibt ganz starke Korrelationen zwischen einer politischen Debatte über Nationalismus und Populismus und einem konservativen Frauenbild. Keine Abtreibung, Frauen an den Herd. Das lässt sich auf alles anwenden, was unter dem Stichwort „Femotionalismus“ steht. Menschen, von denen wir jetzt nicht gerade feministische Argumente erwarten, wie zum Beispiel in Deutschland von den Mitgliedern der AfD, spielen sich auf einmal zu Beschützern von Frauen auf. Dahinter steht im Grunde, dass Männer Kontrolle über die Frauen wollen. Vermeintlich sind wir im 21. Jahrhundert angekommen und vermeintlich sind Frauen und Männer auch gleichgestellt. Dass wir aber in diesen nationalistischen Debatten wieder alte Gender-Schlachten führen, dass Männer wieder Kontrolle über Frauen wollen und dass dies eine der Ziehkkräfte für Nationalismus und Populismus ist - das darf man nicht vergessen.

—

Wir dürfen uns also nicht ausruhen auf den Errungenschaften der Suffragetten. Es gibt noch Schlachten zu schlagen?

Absolut. Heute machen wir den nächsten Schritt: Gleiche Bezahlung, Equal Pay. Wir haben immer noch Einkommensunterschiede von 20 Prozent. Die emanzipatorische Agenda ist nie zu Ende, ist immer zyklisch. Die Geschichte ist eine Abfolge von Öffnungs- und Schließungsagenden, was die Emanzipation betrifft. Wir haben jetzt nach 30 Jahren Öffnung überall in Europa homophobe, antifeministische Bewegungen, wir sind mitten in einer Schließungsagenda. Und nie galt es so sehr wie heute, Frauenrechte zu verteidigen. /

›100 JAHRE FRAUEN- WAHLRECHT‹

1918—2018

Das Jahr 1918 gilt als der Startschuss für ein Jahrhundert, in dem Frauenthemen endlich Einzug in die politische Debatte halten. Seit diesem Datum, vor fast genau 100 Jahren, ist viel passiert, wurde vieles erreicht. 1918 ist mit dem Ende des Ersten Weltkrieges, der Ausrufung der Ersten Republik und der Einführung des Frauenwahlrechts ein Jahr von enormer Wichtigkeit.

16. Februar 1919:

Ein historischer Tag für Österreich

Für Frauen insbesondere bringen die Jahre 1918/1919 einige grundlegende Veränderungen: Von nun an stehen Studentinnen die meisten Fakultäten der Universität offen. Auch das sogenannte „Lehrerinnenzölibat“ wird abgeschafft.

Denn Beamtinnen, die als Lehrerinnen arbeiten, war bis dahin die Ehelosigkeit vorgeschrieben.

Bei der ersten Nationalratswahl der neuen Republik sind Frauen erstmals wahlberechtigt und für den Einzug in den Nationalrat wählbar. Die größten wahlwerbenden Parteien stehen zum ersten Mal vor der Herausforderung, die weibliche Bevölkerung für sich zu gewinnen. Einerseits herrscht Unsicherheit, wie sich Frauen als Wählerinnen verhalten werden. Andererseits bieten diese ein enormes Stimmenpotenzial, von dem jede der Fraktionen profitieren will.

Aufgrund ihrer Unerfahrenheit als politische Akteurinnen wird den wählenden Frauen häufig keine eigene Meinung zugesprochen, sondern man erwartet, dass sie die Präferenzen ihrer Ehemänner oder anderer Autoritäten übernehmen. Männliche Einflussnahmen finden wohl auch tatsächlich statt, wie

die damalige Erstwählerin Angela Weinberger berichtet: „Mein Chef hat mir damals schon gesagt, wie ich mich verhalten soll und was ich wählen soll.“ Trotz der Vermutung, dass die proletarischen Frauen besser zu mobilisieren seien und sich aktiver an den Wahlen beteiligen werden als Frauen aus dem christlich-sozialen Segment, in dem das Bild der politisch aktiven Frau bis 1918 vollständig abgelehnt wird, erhalten die Christlichsozialen die Mehrheit der Wählerinnenstimmen. Das verdanken sie mitunter dem Umstand, dass in den traditionell christlich-sozial geprägten Bundesländern Kärnten, Tirol und Vorarlberg, in denen Frauen weniger politisiert sind, Wahlpflicht herrscht. Damit kommen auch Frauen an die Wahlurnen, die diesen aufgrund ihres traditionellen Hintergrunds vielleicht eher ferngeblieben wären. Nach dieser Wahl sind acht Abgeordnete der neuen Nationalversammlung Frauen: Anna Boschek,

Emmy Freundlich, Adelheid Popp, Gabriele Proft, Therese Schlesinger, Amalie Seidel, Marie Tusch und Hildegard Burjan, ab 1920 kommt mit Lotte Furreg eine weitere Frau dazu. Olga Rudel-Zeynek, die von 1920 bis 1927 im Nationalrat sitzt, wird als Vertreterin der Steiermark erste Präsidentin des Bundesrates.

-
Frauenpolitik in der Ersten Republik

Aktivistinnen, die zuvor in der bürgerlichen beziehungsweise sozialistischen Frauenbewegung für das Frauenwahlrecht gekämpft hatten, engagieren sich auch in der Zwischenkriegszeit zum Teil innerhalb der Parteien, zum Teil auch parteiunabhängig. Ein wichtiges frauenpolitisches Anliegen ist die Entschärfung des Paragrafen 144, das heißt die Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs. Weiters fordern die Frauen eine Novellierung des Ehe- und Scheidungsrechts. Denn die konfessionelle Ehe ist die einzige Form der Verheiratung - und eine Scheidung nur schwer möglich. Die „Goldenen Zwanziger“ bringen auf rechtlicher Ebene nicht die Freiheit, die die überlieferten Bilder der modernen Frauen mit ihren „Bubikopf-Frisuren“ in Tanzsalons vermuten lassen.

-
Autoritärer „Ständestaat“

Hatten Frauen mit 1918 gerade erst Wahlrecht und politische Mitbestimmungsmöglichkeiten erlangt, erlebt der Aufbau frauenpolitischen

Engagements nur eineinhalb Jahrzehnte später einen herben Rückschlag. Mit der Ausschaltung des Parlaments 1933, dem Verbot der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und letztendlich aller Oppositionsparteien werden die bis dahin geschaffenen demokratischen Strukturen zerstört. In der Maiverfassung 1934 wird der christlich-soziale „Bundesstaat Österreich“ etabliert, unter Bundeskanzler Engelbert Dollfuß und seinem Nachfolger Kurt Schuschnigg ein autoritär geführter „Ständestaat“ eingeführt, in dem nur eine Partei, die Vaterländische Front, zugelassen ist.

-
Massive Zäsur

Das ist ein herber Rückschlag für die Frauenpolitik: Die Gleichstellung von Mann und Frau in der Verfassung wird relativiert, das allgemeine Wahlrecht durch die Wahl von Berufsständen ersetzt. Dies bedeutet für die meisten Frauen das Aus für die gerade erst erreichte und lang erkämpfte politische Partizipation.

Mit romantisierender Verherrlichung traditioneller Familienstrukturen und einem überhöhten Mütterlichkeitsideal will man in dieser Zeit dem Geburtenrückgang entgegenwirken und Frauen wieder den Platz im nichtöffentlichen Raum der Familie zuweisen. Hauswirtschaftsunterricht und Mutterschutz werden ausgebaut, während eine Reihe an frauenpolitisch wirksamen Gesetzen generell die Entschei-



Als Nationalratsabgeordnete engagiert sich Olga Rudel-Zeynek für das Frauenwahlrecht. 1927 übernimmt sie als erste Frau den Vorsitz im Bundesrat.



In den Jahren ab 1933 sind traditionelle Familienstrukturen und das Mütterlichkeitsideal auch in der Werbung wieder das zentrale Thema.

dungsmacht von Bürgerinnen und Bürgern einschränkt. Doppelverdienergesetz (sind beide Ehepartner im Staatsdienst tätig, wird die Frau gekündigt), Lehrerinnenzölibat (die Ehelosigkeit für Frauen im Schuldienst wird 1933 wieder eingeführt), Beschränkung des Zugangs zu Verhütungsmitteln - derartige Regelungen lassen Frauen nur wenig Handlungsspielraum abseits der Familie. Jene Frauen, die im christlich-autoritären Ständestaat eine Stimme haben, beispielsweise im Rahmen der Frauenschaft der Vaterländischen Front oder innerhalb der Katholischen Frauenorganisation, verfolgen innerhalb des konformen Frauen- und Mütterlichkeitsbildes und der ständischen Verfasstheit des neuen Staates die Idee, der Familienarbeit den Status als Beruf zuzuerkennen und sie in Form einer Hauswirtschaftskammer zu institutionalisieren. Die Initiative scheitert.

Die Zeit des Nationalsozialismus

Nach dem „Anschluss“ 1938 gilt die nationalsozialistische Ideologie in all ihren Facetten auch für Österreich. In Bezug auf die Geschlechterpolitik wird zunächst weiterhin ein mütterlich-traditionelles Frauenbild propagiert, was sich etwa darin zeigt, dass kinderreiche Frauen als Auszeichnung das Mutterkreuz erhalten. Allerdings sind gemäß der nationalsozialistischen Rassenideologie nur als „arisch“ eingestufte Frauen als Mütter erwünscht. Jüdische Frau-



Österreichs erste Bürgermeisterin Kreszentia „Zenzi“ Hölzl führt die Amtsgeschäfte in Gloggnitz von 1948 bis 1958.

en, Romni und Sintezas, lesbische Frauen oder Zwangsarbeiterinnen werden vom NS-Regime misshandelt, verfolgt und ermordet. Genauso wenig sind ihre Kinder erwünscht: Zwangssterilisationen und Zwangsabtreibungen stehen auf der anderen Seite der scheinbar so „pronatalistisch“ ausgelegten NS-Politik mit ihrer Verherrlichung des Muttertums.

Frauenpolitik bedeutet in der NS-Zeit eine Instrumentalisierung von Frauen von Seiten der politischen Machthaber. So dürfen Frauen vom traditionellen Rollenbild durchaus abrücken, wenn es gilt, weibliche Arbeitskräfte für die Produktion von Rüstungsgütern zu rekrutieren, nachdem männliche Arbeitskräfte zunehmend an die Front geschickt werden. Entgegen des Klischees der „friedfertigen Frau“ sind im NS-Regime Frauen auch

aktiv als Täterinnen, als Mitwisserinnen und stille Unterstützerinnen beteiligt. Auf der anderen Seite stehen jene Frauen, die in organisierten Gruppen und mit solidarischen Aktionen für Verfolgte gegen das Regime Widerstand leisten.

Geschlechterbeziehungen nach dem Krieg

Hunderttausende Männer sind im Krieg gefallen, vermisst, verletzt oder in Gefangenschaft. Diejenigen, die heimkehren, sind psychisch schwer belastet. Die vergleichsweise enorme Scheidungsrate nach 1945 ist ein Parameter für die schwierigen Beziehungen zwischen den Geschlechtern. Politisch gesehen besitzen Frauen nach dem Zweiten Weltkrieg mehr Macht als je zuvor – sie stellen rund 60 Prozent der Wählerschaft. (Dies

aufgrund der großen Zahl nicht aus dem Krieg zurückgekehrter Männer sowie des Männer stärker betreffenden Entzugs der Wahlberechtigung im Zuge der „Entnazifizierung“.) Nach wenigen Monaten einer provisorischen Regierung unter Karl Renner findet am 25. November 1945 die erste Nationalratswahl der Zweiten Republik statt. Wahlsieger Leopold Figl wird zum Kanzler ernannt. Der Frauenanteil im Nationalrat beläuft sich auf 5,45 Prozent – ein Wert, der lange stagniert und erst ab 1975 deutlich steigt. Mit Helene Postranecky bekommt Österreich 1945 die erste Staatssekretärin. Ihr Verantwortungsbereich ist die Volksernährung, eine in den wirtschaftlich prekären Jahren nach dem Krieg elementare Aufgabe. In Niederösterreich wird 1948 mit Zenzi Hölzl aus Gloggnitz erstmals eine Frau zur Bürgermeisterin gewählt.



Helene Postranecky (1903-1995) ist Österreichs erste Staatssekretärin.



In den Familien selbst herrscht bald wieder eine Sehnsucht nach alten Geschlechterrollen, und Frauen als Hausfrauen und Mütter sind bis in die 1960er-Jahre hinein das ersehnte Gegenbild zu den erlebten Schrecken des Krieges.

Umstrukturierung von Familie und Geschlechterrollen

Trotz des propagierten Hausfrau- und Mutterideals ist schon 1951 ein Drittel der unselbstständig Erwerbstätigen weiblich – ein Wert, der seitdem stetig ansteigt. Das Arbeitsleben bringt den berufstätigen Frauen nicht nur ein eigenes Einkommen, sondern auch soziale Kontakte außerhalb der Familie. Technische und medizinische Neuerungen in den 1960er-Jahren bereiten den Boden für Veränderungen im Selbstverständnis von Frauen. Die Zweite Frauenbewe-



Wahlwerbung richtet sich gezielt an Frauen und ihre Lebenswelten – hier Beispiele aus 1945 (links) und 1949.

gung, die sich in den späten 1960er-Jahren formiert, fordert mehr Selbstbestimmungsrechte für den eigenen Körper ein.

Die Familienrechtsreform, die 1975 umgesetzt wird, soll einen Rahmen schaffen, in dem sich Frauen und Männer als Gleichberechtigte bewegen können. Die zentrale Änderung ist, dass der Ehemann fortan nicht länger als das rechtliche Oberhaupt der Familie gilt und aus der „väterlichen Gewalt“ über die Kinder eine partnerschaftliche Verfügungsgewalt wird. Frauen müssen nicht mehr automatisch den Namen und die Unterkunft ihres Ehemannes annehmen und benötigen nicht mehr seine Zustimmung, wenn sie eine Erwerbsarbeit aufnehmen wollen. Mit der 1975 eingeführten Fristenregelung wird ein Schwangerschaftsabbruch in den ersten drei Monaten straffrei

gestellt. 1979 wird mit dem Gleichbehandlungsgesetz eine Maßnahme gegen Ungleichbehandlung von Frauen am Arbeitsplatz gesetzt. Im selben Jahr schafft Bundeskanzler Bruno Kreisky gleich zwei Staatssekretariate, die sich mit Frauenangelegenheiten befassen: ein allgemeines und eines speziell für berufstätige Frauen. Aus ersterem geht 1990 das Bundesministerium für Frauenangelegenheiten hervor, das Johanna Dohnal übernimmt.

Frauen erringen politisch zentrale Ämter

1966 wird Grete Rehor erste Bundesministerin Österreichs, sie übernimmt das Ministerium für soziale Verwaltung. Vier Jahre später ernannt man Hertha Firnberg zur Ministerin für Wissenschaft und Forschung. Ebenfalls 1970 zieht mit Anna Körner erstmals eine Frau als

Landesrätin in das Präsidium des NÖ Landtages ein. Ein Jahr später hat Österreich seine erste Bundesministerin für Gesundheit und Umweltschutz: Ingrid Leodolter. Erste Klubchefin einer politischen Partei wird 1986 Freda Meissner-Blau, 1987 nimmt Marga Hubinek als erste Frau im Präsidium des Nationalrates Platz. 1988 ist Heide Schmidt erste weibliche Generalsekretärin einer Partei. In Niederösterreich wird Liese Prokop zur ersten Landeshauptmann-Stellvertreterin bestimmt. 1996 wird Waltraud Klasnic zum steirischen Landesoberhaupt ernannt, sie ist somit die erste Landeschefin Österreichs. Wiederum acht Jahre später wählt Salzburg Gabi Burgstaller zur Landeshauptfrau.

Im Kabinett von Wolfgang Schüssel bekleiden ab 2000 gleich mehrere Frauen Ämter, die bisher nur von Männern besetzt waren: Susanne Riess-Passer ist die erste Vizekanzlerin Österreichs, Benita Ferrero-Waldner wird erste Außenministerin. Umgekehrt werden Herbert Haupt im Ministerium für Soziale Sicherheit und Generationen auch die Frauenangelegenheiten übertragen.

2004 wird die Niederösterreicherin Liese Prokop erste Innenministerin und Karin Gastinger erste Justizministerin Österreichs. Barbara Prammer übernimmt 2006 als erste Frau die Funktion Nationalratspräsidentin und damit das höchste bisher von einer Frau bekleidete politische Amt in der Zweiten Republik. Anfang 2017 schließlich kommt

es in Niederösterreich zu einem Wechsel an der Spitze der Landesregierung: Johanna Mikl-Leitner wird zur ersten Landeshauptfrau Niederösterreichs.

Frauenvolksbegehren

Auch abseits der Parteien mischen sich Frauen in das politische Geschehen ein und machen auf immer noch bestehende Ungleichheiten aufmerksam.

Das „Unabhängige Frauenforum“ (UFF) stellt 1997 ein Frauenvolksbegehren auf die Beine, das vor allem auf die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Bürgerinnen zielt: gleiche Chancen am Arbeitsmarkt, gerechte Einkommensverteilung, Armutsbekämpfung und ausreichende Pensionen – das sind Inhalte, die heute nach wie vor relevant sind. Rund 645 000 Personen unterschreiben – drei Viertel davon Frauen – und bringen das Frauenvolksbegehren und seine Anliegen damit auf die politische Agenda des Parlaments. Unter dem Slogan „Es ist Zeit!“ versucht der Verein Frauenvolksbegehren 2.0 im Jahr 2017 diesen Forderungen, die nach wie vor nicht erfüllt sind, Nachdruck zu verleihen.

Frauenpolitik heute

Die ersten beiden Wellen der Frauenbewegungen hatten klare, konkrete Ziele: Zunächst galt es, den gleichen Zugang zu Bildung und politischer Teilhabe zu erlangen. Die Feministinnen der 1970er-

Jahre traten für sexuelle Freiheit, Schutz vor Gewalt und finanzielle Unabhängigkeit ein. Diese Themen sind auch heute noch von Bedeutung. Rechtliche Rahmenbedingungen haben sich zugunsten von Frauen verändert, aber Ungleichheit, gerade in ökonomischen Belangen, besteht weiterhin.

Frauen sind in politischen Spitzenpositionen weiterhin unterrepräsentiert. Der Frauenanteil im Nationalrat bewegt sich seit 2002 bei rund 33 Prozent, bei der konstituierenden Sitzung des Nationalrates am 9. November 2017 klettert der Wert auf 34,4 Prozent.

Der Österreich-Durchschnitt der Bürgermeisterinnen liegt aktuell bei 7 Prozent. Niederösterreich ist



**Familienrechtsreform 1975:
Der Mann ist nicht mehr
gesetzliches Oberhaupt der
Familie.**

BLICK AUF NIEDERÖSTERREICH: Frauen in der Politik

- 1921** Die ersten drei weiblichen Abgeordneten im NÖ Landtag:
Maria Kraichel, Baden
Kathi Graf, Amstetten
Anna Holzer, Krems
- 1948** Erste Bürgermeisterin Österreichs: **Zenzi Hölzl, Gloggnitz, Niederösterreich**
- 1970** Erste Landesrätin in Niederösterreich und erste Frau im Präsidium des NÖ Landtages: **Anna Körner**
- 1992** Erste Landeshauptmann-Stellvertreterin in Niederösterreich: **Liese Prokop**
- 2004** Erste Innenministerin: **Liese Prokop**
- 2017** Erste Landeshauptfrau in Niederösterreich: **Johanna Mikl-Leitner**



Abgeordnete im Landtag: In der Gesetzesperiode XIX, 2018 sind im Landtag von insgesamt 56 Abgeordneten 15 weiblich, das sind knapp 27 Prozent.



Bürgermeisterinnen: Im Durchschnitt sind heute - 70 Jahre, nachdem mit der Niederösterreicherin Zenzi Hölzl erstmals eine Frau in diese Position gewählt wurde - 7 Prozent der österreichischen BürgermeisterInnen weiblich. Niederösterreich bleibt weiterhin Vorreiter: 2018 werden hier knapp 12 Prozent von 573 Gemeinden von Bürgermeisterinnen geführt.

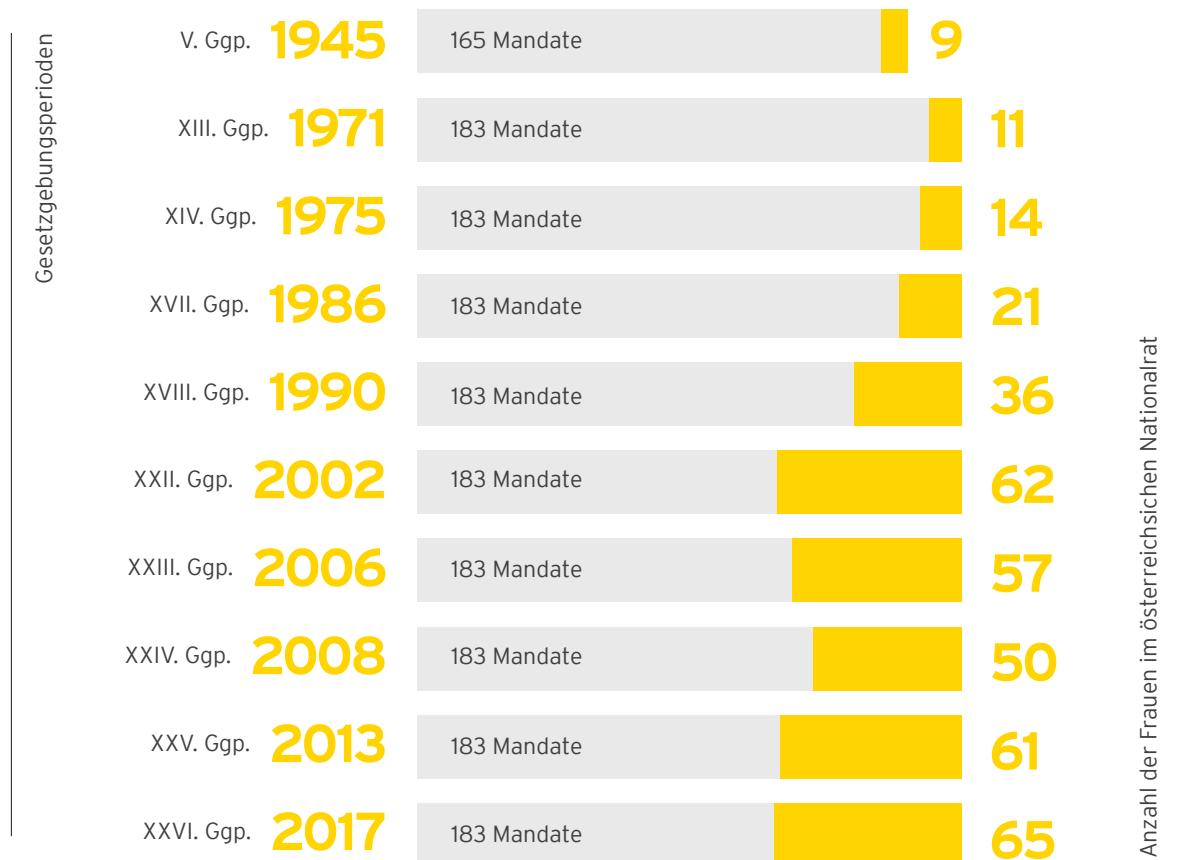


Blick in den Nationalrat. Seit November 2017 erreicht der Frauenanteil der Abgeordneten erstmals 35,5 Prozent.

hier mit einem Wert von 11 Prozent die positive Ausnahme. Seit 2017 ist die Frauenquote von 30 Prozent in Aufsichtsräten gesetzlich verankert, 2018 tritt sie in Kraft. Der durchschnittliche Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen ist in den Jahren von 2006 bis 2015 zwar um fast vier Prozent geschrumpft, beläuft sich aber immer noch auf 21 Prozent.

Es bewegt sich etwas, und doch gibt es nach wie vor Gründe genug für frauenpolitisches Engagement. /

> FRAUEN IM ÖSTERREICHISCHEN NATIONALRAT <



Zwischen 1945 und 1971 steigt der Frauenanteil unter den Mitgliedern des Nationalrates nur gering an: von 5,45 auf 6,01 Prozent. Zu Beginn der XIV. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates im Jahre 1975 geht er erstmals auf über 7 Prozent. In den folgenden Jahren gibt es einen langsamen, weiteren Anstieg, 1986 liegt der Frauenanteil im Nationalrat erstmals über 10 Prozent: 21 der insgesamt 183 Abgeordneten sind weiblich (11,48 Prozent). Bereits vier Jahre später kommen die Frauen mit 19,67 Prozent knapp an die 20-Prozent-Marke heran. Zu Beginn der XXII. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates am 20. Dezember 2002 sind 62 von 183 Abgeordneten (33,88 Prozent) Frauen. Nach leichtem Rückgang in den Jahren 2006 und 2008 (31,15 Prozent, 27,32 Prozent) erreichen die Frauen 2013 wieder einen Anteil von 33,33 Prozent (61 weibliche Abgeordnete) und 2017 schließlich 35,5 Prozent (65 Frauen im Nationalrat).

Quelle: www.parlament.gv.at

KAPITEL 3

› **ES DÜRFEN**

RUHIG NOCH

MEHR

WERDEN ‹

› WAHLRECHT BEDEUTET MITSPRACHERECHT ‹

INTERVIEW

Christiane Teschl-Hofmeister ist seit 22. März 2018 als Landesrätin für Bildung, Familien und Soziales Mitglied der NÖ Landesregierung. Als parteifreie Quereinsteigerin ist die Journalistin und ehemalige Chefredakteurin im ORF Landesstudio Niederösterreich vielen Frauen ein Vorbild geworden, neue Chancen zu ergreifen und den Schritt in die Politik zu wagen. Im Gespräch erzählt sie von Frauen, die für sie selbst Vorbilder sind, wie man es schaffen kann, verschiedene Lebensbereiche unter einen Hut zu bringen und warum Nachwuchsprogramme für junge Frauen in der Politik so wichtig sind.

Wer oder was hat Sie dazu ermutigt, politisch aktiv zu werden? Gab es Frauen, die für Sie Vorbilder waren?

Ein Anruf kurz nach der Landtagswahl Ende Jänner dieses Jahres war der Startknopf für meine politische Berufslaufbahn. Am anderen Ende der Leitung fragte mich Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner persönlich, ob ich Teil ihres Regierungsteams werden wolle. Das hat mich ermutigt, neue Wege zu beschreiten. Als Journalistin war ich den Umgang mit der Politik gewohnt und mit den politischen Ereignissen und Spielregeln

unseres Landes bestens vertraut, daher habe ich mich nach kurzer Bedenkzeit - und natürlich nach intensiver Diskussion mit meiner Familie - dazu entschlossen, diese ehrenvolle Aufgabe anzunehmen. Ich bin froh und stolz, meinem Land, das mir so viel gegeben hat, etwas zurückgeben zu können. Das aktuelle Arbeitsmotto in der Landesregierung „Miteinander in und für Niederösterreich“ bietet große Chancen und Perspektiven beim Gestalten einer lebenswerten Zukunft für alle Bevölkerungsgruppen und auch im Miteinander der Geschlechter. Damit kommen wir schon zu meinem Vorbild in der Politik: Liese Prokop. Sie leistete Pionierarbeit in der Gleichstellung der Geschlechter, bewies Durchsetzungskraft in Männerdomänen und bewahrte dennoch ihre Herzenswärme im Umgang mit Menschen.

Wie schaffen Sie es als zweifache Mutter, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen? Und wie motiviert man Frauen dazu, sich trotz eventueller Mehrfachbelastung politisch zu engagieren?

Familie ist das Schönste, das es geben kann. Wenn man sich auf eine Familie verlassen kann, dann erfährt man einen unglaublichen Rückhalt und eine Unterstützung, sodass einen fast nichts aus der Bahn werfen kann. Bei meiner Entscheidungsfindung zum Einstieg in die Politik hat mich meine Familie sehr unterstützt.



Christiane Teschl-Hofmeister ist seit März 2018 Niederösterreichs Landesrätin für Bildung, Familien und Soziales.

Mein Mann, der selbst Unternehmer ist, steht voll hinter mir und wir werden gemeinsam Familie und unsere verantwortungsvollen Jobs unter einen Hut bringen. Das Thema Vereinbarkeit wurde in unserer Familie schon bisher sehr partnerschaftlich - mit jeder Menge Hingabe, guter Kommunikation und Koordinierung - gelebt. Außerdem haben wir tatkräftige Unterstützung durch meine sehr engagierte Mutter.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bildet einen Schwerpunkt in den Unterstützungsmaßnahmen der NÖ Familienpolitik, so auch beim jüngsten blau-gelben Familienpaket. Generell möchte ich Frauen bestmöglich unterstützen und gute Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass sie ihr ganz persönliches Familienbild finden und leben können. Politisches Engagement bedeutet immer, zusätzliche Zeit zu investieren, aber es bedeutet auch die Möglichkeit zur positiven Gestaltung von Lebensbedingungen in der Gesellschaft und das öffentliche Eintreten für die eigenen Werte.

Wie kann man Wählerinnen und Wähler für die Einsicht sensibilisieren, dass das Recht zu wählen ein lang erkämpftes Gut ist?

Durch Information über die Vergangenheit, durch Lernen von und aus der Geschichte und Interesse am aktuellen politischen Geschehen. „Politik“, das be-

deutet Regelung der Angelegenheiten eines Gemeinwesens durch verbindliche Entscheidungen. Wie diese Regelungen aussehen, bestimmen die Menschen in sehr unterschiedlicher Weise. In einer Demokratie ist das Wahlrecht ein grundlegendes Bürgerrecht, aber diese Staatsform ist nicht selbstverständlich. Menschen haben seit Jahrhunderten, sei es im Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg oder der Französischen Revolution, für mehr Mitspracherecht in der Politik gekämpft. Oft endete ihr Einsatz im Gefängnis oder gar mit dem Tod. Wahlrecht bedeutet Macht, bedeutet Mitspracherecht - aber diese Mitsprache und Macht wurden den Untertanen von den Mächtigen lange nicht zugestanden. Auch heute werden diese Rechte in vielen Ländern der Erde noch verweigert. Diejenigen, die Macht besitzen, wollen sie nicht teilen - auch die „Männerdemokratien“ wollten ihre Macht nicht mit den Frauen teilen - und sie beriefen sich einst auf „die göttliche Ordnung“. Für unsere Generation ist das Frauenwahlrecht und das Leben in einer Demokratie selbstverständlich, doch es erforderte die Überwindung zweier Weltkriege, um eine tragfähige Demokratie in Österreich ausbilden zu können. Wir dürfen nicht müde werden - und 2018 ist ein vielfältiges Gedenkjahr -, mit Ausstellungen, Broschüren, Dokumentarfilmen, et cetera darauf

hinzuweisen, dass das Wahlrecht ein teuer erkämpftes Bürgerrecht ist, das es zu nutzen gilt.

—

Auch das passive Wahlrecht wurde von Frauen lange erkämpft. Wieso wagen es so wenige Frauen, für ein politisches Amt zu kandidieren?

Heute sind Frauen in der Politik selbstverständlich. Aber ihr Anteil an politischen Funktionen ist im Verhältnis zur Bevölkerungszahl immer noch sehr gering. Mit knapp 12 Prozent Bürgermeisterinnen bei insgesamt 573 Gemeinden liegen wir in Niederösterreich weit über dem Österreich-Durchschnitt, der bei sieben Prozent liegt. Wenn man bedenkt, dass Frauen aber mehr als die Hälfte der Bevölkerung ausmachen, liegt trotzdem noch ein weiter Weg vor uns, um hier annähernd Gleichheit zu erlangen.

Deswegen ist es mir wichtig, einen neuen Impuls mit einem gezielten Nachwuchsprogramm, dem Politik-

Mentoring II, zu setzen, das speziell junge Frauen ermutigt und unterstützt, ihrem Interesse für Politik zu folgen, eine politische Funktion anzustreben oder ihre begonnene politische Karriere weiter auszubauen. Das traditionelle Frauenbild war sicher lange ein Hemmschuh für Frauen, sich politisch zu engagieren. Politisches Engagement bedeutet ja, in der Öffentlichkeit zu stehen und sich in männerdominierten Runden zu behaupten. Frauen wurden keine Spitzenfunktionen in der Wirtschaft, in der Wissenschaft oder der Politik zugetraut, beziehungsweise es wurde ihr Aufstieg auch von Männern in ihrem Umfeld verhindert. Vergessen wir nicht, dass Frauen erst seit der Familienrechtsreform von 1975 vor dem Gesetz als gleichberechtigt gelten und ohne Zustimmung ihres Ehemannes einen Beruf ausüben können! Zuvor sollten sich Frauen lieber im Hintergrund für die Familie oder die Gesellschaft engagieren. Dieses Bild hat sich



—

Christiane Teschl-Hofmeister freut sich über die Chance, an der lebenswerten Zukunft für alle NiederösterreicherInnen mitgestalten zu können.

erst in den letzten zehn bis 15 Jahren verändert, so dass bei Frauen in Führungspositionen der familiäre Hintergrund und die „fehlende“ Familienzeit nicht mehr so kritisch bewertet werden.

Doch wir brauchen mehr Frauen in der Politik, denn nur so werden alle Aspekte unseres gesellschaftlichen Lebens, also auch die Anliegen und Sichtweisen der Frauen, bei politischen Entscheidungen im Gemeinderat beziehungsweise Landtag oder Nationalrat berücksichtigt und erhalten dadurch eine Chance auf Umsetzung.

—
Sie selbst sind auch als Politik-Mentorin tätig. Welche Ratschläge geben Sie Ihrer Mentee mit auf den Weg?

Das Politik Mentoring des Landes NÖ richtet sich an Niederösterreicherinnen, die von erfolgreichen Vorbildern in der Politik lernen wollen. Als Mentees sind aktive Gemeinderätinnen, ehrenamtlich in der Gemeindepolitik engagierte Frauen angesprochen sowie Frauen, die eine politische Funktion anstreben. Als Mentorinnen werden erfolgreiche Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft eingeladen, die bereit sind, ihre Erfahrung politischen Nachwuchskräften zur Verfügung zu stellen.

Meine Mentee möchte ich ermutigen, Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten zu haben, authentisch zu bleiben und selbstbewusst ihre Ziele zu verfolgen. Jeder Mensch ist einzigartig und hat seine Stärken, die er positiv und kreativ in seinem Umfeld einsetzen kann. Eine wichtige Voraussetzung für das Engagement und eine Karriere in der Politik ist es natürlich, leistungswillig zu sein. Als Politikerin muss ich auf Leute zugehen, viel mit ihnen reden, viele Termine vor Ort wahrnehmen, mich schnell in sehr komplexe Sachverhalte einarbeiten, auf tagespolitische Ereignisse objektiv und doch zeitnah reagieren können – das Arbeitspensum ist groß, aber die Inhalte sind auch sehr spannend. Und letztendlich ist eine gute Organisation des eigenen Umfeldes, vor allem in Sachen Kinderbetreuung, unerlässlich. Wenn ich beruflich stark gefordert und oft auch abends unterwegs bin, muss ich sicher sein, dass es meiner Familie gut geht. Ich freue mich schon, dass mich meine Mentee im politischen Alltag und bei den Terminen vor Ort in

> Heute sind Frauen in der Politik selbstverständlich. Aber ihr Anteil an politischen Funktionen ist im Verhältnis zur Bevölkerungszahl immer noch sehr gering. Deswegen ist es mir wichtig, einen neuen Impuls mit einem Nachwuchsprogramm, dem Politik-Mentoring II, zu setzen. <

den Gemeinden begleiten kann und so einen realistischen Einblick auf diese so verantwortungsvolle und abwechslungsreiche Tätigkeit erhält.

—
Inwiefern unterscheiden sich Frauen in ihrer Art Politik zu machen von männlichen Kollegen? Ist das Mentoring-Programm „typisch weiblich“?

Nein, denn Durchsetzungsfähigkeit, strategisches Denken, Wille zur Gestaltung und Leistungsbereitschaft gehören für beide Geschlechter zum Rüstzeug einer politischen Karriere. Allerdings konnten Männer schon immer auf Netzwerke zurückgreifen. Männliche Berufseinsteiger hatten oft Mentoren und Förderer zur Seite beziehungsweise gab es für sie einen Einstieg in diese Netzwerke schon in der Schul- und Hochschulzeit. Wir Frauen lernen das auch immer besser – deshalb gibt es seit einigen Jahren im Land Niederösterreich das Regionale Mentoring Programm und seit 2016 das Politik Mentoring Programm, mit dem Ziel, Frauen auf ihrem Karriereweg beziehungsweise bei ihrem Engagement in der Politik zu unterstützen. Die Begleitung und Unterstützung durch erfahrene Menschen ist eine wertvolle Quelle auf dem Weg zu einer erfolgreichen Karriere. Denn Praxis schlägt Theorie: Im direkten Austausch Mentorin – Mentee wird der Berufsalltag in der Politik hautnah erlebt und dieses Sichtbarmachen der Gestaltungsmöglichkeiten kann zur großen Motivation für das eigene Engagement werden. /

› WAHLHELFERINNEN MIT ERFAHRUNG ‹

POLITIK MENTORING PROGRAMM

Know-how für politisches Handeln, Erfahrungsaustausch, Unterstützung: Das alles braucht es, um erfolgreich den eignen Weg zu einem politischen Amt gehen zu können. Mit dem Politik Mentoring Programm des Landes NÖ erhalten Frauen genau dafür das nötige Rüstzeug. Ein Jahr lang begleiten erfahrene Mentorinnen ihre Mentees, dazu gibt es Seminare, Möglichkeiten zum Austausch von Informationen und Erfahrungen und die „Mentoring-Lounge“.

Politik wäre ohne Mentoring gar nicht denkbar. Die Weitergabe von Wissen und Information, informell und persönlich, ist ein äußerst wirkungsvolles Instrument der Förderung von Nachwuchs. In Niederösterreich wird Mentoring ganz gezielt eingesetzt, um mehr Frauen für politische Funktionen zu gewinnen. Das Politik Mentoring Programm dauert ein Jahr und bietet als Herzstück solche Mentorenschaften. Politisch erfahrene Frauen stellen ihr Know-how, ihre Erfahrung und ihre Kontakte für politische Nachwuchskräfte zur Verfügung. Dieser Prozess wird zudem durch Gesprächsrunden, Veranstaltungen und ein spezifisches Seminarangebot abgerundet und begleitet.

Einführen ins Leben

Der Begriff des Mentors geht auf die griechische Mythologie zurück. Mentor war ein Freund von Odysseus und erklärte sich bereit, Odysseus' Sohn Telemach auf seine zukünftige Rolle als König vorzubereiten. An der Bedeu-

tung hat sich bis heute nichts geändert: Ein Mentor ist ein erfolgreicher Mensch, der seine Kenntnisse fürs Leben und den Beruf an den jüngeren oder unerfahrenen Nachwuchs weitergibt. „Mentoring“ bezeichnet eine fördernde Beziehung, bei dem die Mentorin oder der Mentor ihren oder seinen Mentee in der Karriereentwicklung unterstützt, Tipps zur Karriereplanung gibt, Kontakte vermittelt oder den Einstieg in Netzwerke erleichtert.

Erstes erfolgreiches Programm

Seltener als von Mann zu Mann geschieht die Weitergabe von Erfahrung von Frau zu Frau. Dieses Manko will das Politik Mentoring Programm des Landes NÖ ausgleichen und vermittelt daher gezielt zwischen lernwilligen Mentees und erfahrenen Mentorinnen. 2016 begann das Pilot-Programm mit 20 Mentorinnenschaften und fand im November 2017 seinen erfolgreichen Abschluss. Die Veranstalterinnen konnten dabei an Erkenntnisse aus dem Regionalen Mentoring Programm anknüpfen, das seit zwei Jahrzehnten allen interessierten Frauen in Niederösterreich zur Unterstützung offensteht.

Unterschiede regen an

„Im Mittelpunkt der Mentorenschaften in der Politik stehen regelmäßige Gespräche“, sagt Christiana Weidel, europäische Mentoring-Expertin des Landes NÖ. „Eine Mentee begleitet ihre Mentorin zu Besprechungen oder öffentlichen Sitzungen, sie beobachtet Verhalten, Themen und Reaktionen und lernt daraus für den eigenen politischen Karriereweg.“ Die Annahme, dass dabei die „Chemie stimmen müsse“ sei nur teilweise richtig. „Natürlich will man sich nicht unsympathisch



Heidi Glück, Mentorin, ist seit zehn Jahren geschäftsführende Gesellschafterin ihres eigenen Unternehmens mit Schwerpunkt Strategie-, Kommunikations- und Politikberatung.

Heidi Glücks Karriereweg führte über den Journalismus zum Amt der Pressesprecherin in der Bundespolitik. Von großem Vorteil für sie war, zur richtigen Zeit die richtigen Leute zu treffen - und dann Ja zu neuen Möglichkeiten zu sagen. „Ich hatte großartige, strenge Chefs, die mir viel beigebracht haben: Gerd Bacher, Kurt Bergmann, Wolfgang Schüssel. Auch Elisabeth Gehrer.“ Lernen sei der beste Weg zum Erfolg, sagt Heidi Glück. Ihr Wissen gibt sie nun im Rahmen des Politik Mentoring Programms weiter. „Ich mag es, meine Erfahrungen und Kenntnisse anderen zu vermitteln“, sagt Heidi Glück. „Die Fortschritte der Mentees zu sehen ist für mich unglaublich erfüllend und eine Bestätigung, dass mein Wissen auch für andere wertvoll sein kann.“ Das wichtigste Element beim Mentoring ist für sie der Faktor Zeit. Zeit für Gespräche, fürs Zuhören und Eingehen auf die Situation des Mentees. Und Zeit, die nächsten Schritte gemeinsam zu entwickeln. Diese Investition lohnt sich. „Wenn die Ratschläge in der Praxis erprobt und umgesetzt werden, entsteht Zufriedenheit“, sagt sie. „Bestätigung, Fortschritt und Kompetenz sind der Lohn.“ Mentoring ist keine Einbahnstraße: Auch Heidi Glück lernt noch Neues. „Etwa die Freude an der Arbeit; ich erhalte viele Informationen darüber, wie in anderen Bereichen oder Unternehmen Strukturen funktionieren. Mentoring, das bedeutet wertvolle Begegnungen mit interessanten Menschen, die oft jahrelang halten.“



Vanessa Boschmeier, Mentee, ist Studentin der Rechtswissenschaften. Als das Politik Mentoring Programm des Landes NÖ im Herbst 2016 startete, war sie als Politik-Neuling mit dabei.

Als sie vom Politik Mentoring Programm des Landes NÖ hörte, wagte Vanessa Boschmeier den Schritt in absolutes Neuland. „Da ich mich immer schon für Politik interessierte, habe ich mich kurz entschlossen dafür beworben“, sagt sie. „Im Gegensatz zu anderen Mentees bin ich politisch noch nicht tätig.“ Für sie ist es die Chance, einen ersten Einblick hinter die Kulissen der Politik zu bekommen. Und die Chance, mit Hilfe der Mentorin und der Seminare die Theorie in die Praxis umzusetzen. Dafür erfordert das Programm nicht nur Interesse, sondern auch Zeit für Gespräche, Seminare und die Mentoring-Lounge. Ihre Mentorin habe ihr während dieses Programms nicht nur auf der Ebene der Politik, sondern auch in ihrer persönlichen Entwicklung sehr viel weitergeholfen. „Daher könnte ich mir sehr gut vorstellen, in Zukunft auch Mentees zu unterstützen.“ Aus dem Mentoring-Programm nimmt Vanessa Boschmeier die Erkenntnis mit, dass man in der Politik ein gutes Zeitmanagement braucht. „Außerdem sollte die Politik Spaß machen, denn was man mit Herz macht, ergibt am Schluss ein besseres Ergebnis.“ Der Schritt in die Politik war für sie jedenfalls ein lohnender, zu dem sie andere nur ermutigen kann. „Ich denke, man sollte es einfach probieren, ob die Vielfalt der Politik das Richtige für einen ist“, sagt Boschmeier. „Denn es gibt viel zu wenig politisch tätige Frauen und nach wie vor einen großen Bedarf an Veränderung!“

sein, aber politische Erfahrungen sammeln kann man in jeder Situation – Mentoring verlangt keine Freundschaft. Es ist das ganz natürliche menschliche Bedürfnis, Erfahrungen weiterzugeben an Jüngere, die damit etwas anfangen können und wollen.“ Christiana Weidel ist davon überzeugt, „dass wir gerade von Menschen, die im Verhalten anders sind als wir selbst, oft mehr lernen können als von solchen, die uns vertraut sind oder uns sehr ähneln.“

Individueller Zuschnitt

In den Gesprächen zwischen Mentorin und Mentee sind die Themen breit gestreut und ganz unterschiedlich. Sie reichen von grundlegender Auffassung politischen Engagements über Fragen zum richtigen Verhalten in der Politik und der Durchsetzung in Männerriegen bis hin zu organisatorischen Fragen der Vereinbarkeit von politischen Aktivitäten mit Beruf, Familie, Pflege und Freizeit. „Jede Mentorenschaft ist individuell“, sagt Christiana Weidel, „das ist ja gerade das Kostbare an der Methode. Sie setzt bei den augenblicklichen Fragen der Mentees an und führt über die situativen Erfahrungen der Mentorin und deren gemeinsame Reflexion zurück in die aktuelle Lebenswelt der Mentee“. Dabei spricht sie aus über 30 Jahren Erfahrung mit Mentoringprojekten. „Gutes Mentoring wirkt sich außerordentlich positiv und motivierend aus, für die Mentee und die Mentorin.“

Wie es gut gehen kann

Politisches Mentoring ist dennoch nicht für jede Frau geeignet, sagt Christiana Weidel. „Lernwille, die Bereitschaft aufmerksam zuzuhören und absolute Diskretion sind die notwendigen Voraussetzungen für eine Mentee.“ Meist werde der Nutzen eines Mentorings erst im Rückblick erlebt, wenn sich plötzlich eine Strategie auftut, die zuvor in einem Gespräch diskutiert wurde, oder eine Erfahrung der Mentorin hilft, Widerstände zu überwinden, gelassen zu bleiben auch bei verbalen Attacken. „Das sind die Momente“, so Weidel, „in denen der Langzeiteffekt von Mentoring deutlich wird“. Das niederösterreichische Politik Mentoring Programm bietet neben den persönlichen Gesprächen ein ganzes Paket hilfreicher Unterstützungsmaßnahmen. Die Mentee

bekommt die Gelegenheit, an maßgeschneiderten Seminaren zur Persönlichkeitsbildung teilzunehmen, in Mentoring Lounges und bei Kaminabenden Persönlichkeiten aus der Politik im Gruppengespräch kennen zu lernen und sich in der Gruppe mit anderen Mentees auszutauschen. Nach einem Jahr wird evaluiert, inwiefern gemeinsam gesteckte Ziele erreicht werden konnten. Das Programm ist überparteilich angelegt, kostenlos und steht Frauen offen, die in Niederösterreich einen politischen Weg einschlagen wollen.

Auch Mentorinnen profitieren

Doch nicht nur die Mentees profitieren – auch für Mentorinnen bringt das Engagement Vorteile. Sie lernen nicht nur politischen Nachwuchs in Niederösterreich kennen, sondern gewinnen selbst neue Perspektiven auf Politik und Gesellschaft. Indem sie ihre Mentee stärken, wird auch die eigene politische Motivation fokussiert und gestärkt. In den Gesprächen wird ihr Werdegang noch einmal durchlebt und ganz bewusst betrachtet, was neue Impulse für die Zukunft bringt – ganz abgesehen davon, dass die Mentorinnen im Zuge des Programms nicht nur sich gegenseitig kennen lernen, sondern auch andere engagierte und interessante Persönlichkeiten.

Wie wird gematcht?

Welche Mentee passt zu welcher Mentorin? Für das „Matching“, wie die Zusammenführung von Mentee und Mentorin genannt wird, werden geografische und berufliche Gegebenheiten und kompetenzorientierte Aspekte berücksichtigt. Mentorinnen kommen aus Politik, Wissenschaft, Medien und der Unternehmenswelt. Die Wahl der Mentorschaft wird mit den Mentees und Mentorinnen immer persönlich besprochen. Das Ziel des Politik Mentoring Programms ist klar: den Anteil von Frauen in politischen Funktionen weiter zu erhöhen. In Niederösterreich gibt es mit elf Prozent bundesweit den größten Frauenanteil an Bürgermeisterinnen. Das Mentoring-Programm ist ein Schritt auf dem Weg, diesen Anteil zu erhöhen – schließlich ist mehr als die Hälfte der Bevölkerung weiblich. /

Informationen zum Programm: www.noee.gv.at/Frauen

› LEITFADEN FÜR POLITISCHES ENGAGEMENT ‹

IN NIEDERÖSTERREICH

Sie haben Ideen, eine bestimmte Vision, sind unzufrieden und wollen sich einbringen. Aber wie? Der erste Schritt auf dem Weg in die politische Mitgestaltung ist oft der schwierigste. Ein Leitfaden von Mentoring-Expertin Christiana Weidel für politisches Engagement in Niederösterreich.

1. Bin ich überhaupt geeignet?

So pauschal lässt sich das gar nicht beantworten. Die einzige Möglichkeit, es herauszufinden ist: es auszuprobieren. Wobei es einige sichere Anzeichen gibt, dass der Weg zu einem zukünftigen politischen Engagement der richtige sein könnte:

- Für ein Thema brennen - sei es im Bereich Gesundheit, Umwelt, Bildung, Finanzen oder Verkehr.
- Das Bedürfnis, sich einem gesellschaftlichen Problem zu stellen. Denn Engagement beginnt oft mit dem Wunsch, etwas verändern zu wollen.
- Die Feststellung, dass politische Debatten plötzlich viel Raum

im Leben einnehmen. Sei es bei Gesprächen im Freundeskreis, der Familie oder unter Kolleginnen und Kollegen. Oder auch im Selbstgespräch oder in Gedanken.

- Das Gefühl, dass Politik alle etwas angeht - und dass endlich etwas geschehen sollte.

2. Wie viel Zeit muss ich aufbringen?

Politische Betätigung erfordert Zeit. Ein gutes Zeitmanagement und die Tipps erfahrener PolitikerInnen können helfen, sich einen sinnvollen Plan zu erstellen. Es empfiehlt sich, Familie und FreundInnen für Betreuungspflichten einzubinden um für freie Abende zu sorgen. Denn die Sitzungen finden meist abends statt und dauern oft bis in die Nacht.

3. Muss ich alles über Politik wissen?

Jein: Natürlich ist es wichtig, gut informiert zu sein. Aber genau dafür gibt es eine Reihe an passenden Weiterbildungen, die sowohl von den Bildungseinrich-

tungen der politischen Parteien, der NÖ Kommunalakademie (für Einsteiger-FunktionärInnen) und anderen Organisationen angeboten werden. Auch Planspiele, die politische Prozesse simulieren, oder Jugendparlamente eignen sich für den Beginn, um politisches Wissen aufzubauen. Wertvolle Informationen zum Einstieg für politisch Interessierte gibt es auf der Website von „Zentrum polis“: www.politik-lernen.at - einem lehrreichen Informationsportal nicht nur für SchülerInnen, mit dem (kostenlos abrufbaren) Politiklexikon www.politik-lexikon.at, das in einfachen Worten alle grundlegenden Begriffe der politischen Bildung erklärt.

4. Was sind meine ersten Schritte?

Es ist nicht notwendig, sich gleich für eine Partei zu entscheiden. Gut wäre es, politische Diskussionen in öffentlichen Sitzungen im Landtag (sie finden einmal im Monat statt und werden auch online übertragen) eine Zeit lang aufmerksam zu

verfolgen, auf kommunaler Ebene an Gemeinderatssitzungen (Termine erfahren Sie am Gemeindeamt) teilzunehmen oder an Dorf- und Stadterneuerungsprozessen mitzuwirken, um politische „Player“ und ihre Art der Meinungsäußerungen kennen zu lernen. Ebenso hilfreich ist es, sich in einem ersten Schritt freiwillig im Vorstand von gesellschaftlich wirkenden Vereinen zu engagieren und so Demokratie auf praktische Weise zu erkunden.

Dafür gibt es nicht nur von den Parteien Unterstützung. Das überparteiliche Referat Generationen, Fachbereich Frauen, des Landes NÖ hilft gerne weiter. Maria Rigler, Projektleiterin des Politik Mentoring Programms des Landes NÖ rät: „Schauen Sie sich zuerst die Strukturen in Ihrer Gemeinde an, kommen Sie mit aktiven GemeinderätInnen ins Gespräch. Wenn Sie Interesse an der Arbeit im Gemeinderat zeigen, werden Sie sicher mit offenen Armen empfangen.“

Wer sich ein politisches Amt noch nicht zutraut, kann Mitarbeit auf freiwilliger Basis anbieten, etwa beim Jugendinfopoint einer Gemeinde oder im Rahmen eines Projekts, und so die Strukturen von außen besser kennen lernen. Ein Tipp für junge Frauen: Jene Gemeinderäte kontaktieren, die für Jugend



Mentoring-Expertin Mag.^a Christiana Weidel gibt Inputs für die Planung von politischem Engagement.

zuständig sind und ehrenamtliche Mithilfe bei der Organisation der nächsten Veranstaltung anbieten.

5. Bekomme ich Geld?

Das kommt sowohl auf die Funktion als auch auf die Position an. Wer ehrenamtlich ohne Funktion politisch tätig ist, erhält keine Mittel. Wer eine Funktion übernimmt, erhält eine Entschädigung je nach Position.

6. Muss ich einer bestimmten Partei angehören?

Eine politische Karriere in einer Partei zu starten, ist mit Sicherheit der leichtere Weg. Aber es besteht die Möglichkeit, parteilos zu bleiben oder selbst eine Partei zu gründen.

Ratsam ist es, eine Zeit lang in jene Partei hineinzuschnuppern, deren Schwerpunkte in der politischen Arbeit am passendsten und interessantesten erscheinen. Auskunft darüber geben zuerst einmal die Webseiten der Parteien. Darüber hinaus hat fast jede Partei ein eigenes Frauenprogramm. Auch gibt es Frauentreffs, die Gelegenheit geben, sich mit den jeweiligen Themen und der Arbeitsweise näher vertraut zu machen.

7. Wer hilft mir bei Problemen?

Vernetzung ist auf jedem Fall ratsam und hilfreich. Wer noch kein Netzwerk mit Vertrauenspersonen hat, kann es mit der Teilnahme an einem Mentoring-Programm des Landes Niederösterreich versuchen. Dort werden neue Kontakte geknüpft und hilfreiche Tipps und Erfahrungen weitergegeben. Wer mehr über die Möglichkeit von Mentoring in Niederösterreich erfahren möchte, kann einen Gesprächstermin mit dem Fachbereich Frauen im Generationenreferat vereinbaren. Veranstaltungen, Frauennetzwerke und Vernetzungstreffen bringen Gleichgesinnte zueinander. Das Generationenreferat des Landes NÖ nimmt auch gerne Kontaktadressen in den Verteiler für die Ankündigung zu solchen Veranstaltungen auf. /

› RAT & TAT FÜR FRAUEN ‹

IN KRISENSITUATIONEN



1 Amstetten

Frauenberatung Mostviertel
Hauptplatz 21, 3300 Amstetten
Tel.: 07472 632 97
www.frauenberatung.co.at

2 Baden

Frauenberatung „Stützpunkt Undine“
Elisabethstraße 35/2, 2500 Baden
Tel.: 02252 255 036
www.undine.at

3 Gänserndorf

Frauenforum
Hans-Kudlich-Gasse 11/1/1
2230 Gänserndorf
Tel.: 02282 26 38
www.frauenforum-gsdf.at

4 Gloggnitz

Frauenberatung „Freiraum“
(Außenstelle der FRB Ternitz)
Dr.-Martin-Luther-Straße 3, EG links
2640 Gloggnitz
Tel.: 02630 34747-90
www.frauenberatung-freiraum.at

5 Gmünd

Frauenberatung
Weitraer Straße 46, 3950 Gmünd
Tel.: 02852 203 57
www.fbww.at

6 Hollabrunn

„Frauen für Frauen“
Dechant-Pfeifer-Straße 3
2020 Hollabrunn
Tel.: 02952 21 82
www.frauenfuerfrauen.at

7 Horn

Frauenberatung
Adolf-Fischer-Gasse 1/3, 3580 Horn
Tel.: 0664 505 61 16
www.fbww.at

8 Krems

Frauenberatung „Lilith“
Hafnerplatz 12, 3500 Krems
Tel.: 02732 855 55
www.lilith-frauenberatung-krems.at

9 Mistelbach

„Frauen für Frauen“
Franz-Josef-Straße 37, 2130 Mistelbach
Tel.: 02572 207 42
www.frauenfuerfrauen.at

10 Mödling

**Frauen- und Familienberatungsstelle
„Kassandra“**
Klostergasse 9 / Top 3, 2340 Mödling
Tel.: 02236 420 35
www.frauenberatung-kassandra.at

11 Sankt Pölten

Verein „Frauenzentrum“
Linzer Straße 16, 3100 Sankt Pölten
Tel.: 0676 309 47 73
www.frauen-zentrum.at

12 Scheibbs

Frauenberatung
Kapuzinerplatz 1, 3270 Scheibbs
Tel.: 07472 632 97
www.frauenberatung.co.at

13 Stockerau

„Frauen für Frauen“
Eduard-Rösch-Straße 56
2000 Stockerau
Tel.: 02266 653 99
www.frauenfuerfrauen.at

14 Ternitz

Frauenberatung „Freiraum“
Werkstraße 4 / Top 5, 2630 Ternitz
Tel.: 02630 347 47-99
www.frauenberatung-freiraum.at

15 Waidhofen/Thaya

Frauenberatung
Böhmgasse 30
3830 Waidhofen/Thaya
Tel.: 02842 241 32
www.fbww.at

16 Wiener Neustadt

„Wendepunkt“
Neunkirchnerstraße 65 a
2700 Wiener Neustadt
Tel.: 02622 825 96
www.frauenberatung-wienerneustadt.at

17 Zwettl

Frauenberatung
Galgenbergstraße 2, 3910 Zwettl
Tel.: 02822 522 71
www.fbww.at

—
NÖ Frauentelefon
0800 800 810

